

DISKUS

NACHRICHTENBLATT DER
VEREINIGUNG VON
FREUNDEN U. FÖRDERERN
DER JOHANN WOLFGANG
GOETHE-UNIVERSITÄT
FRANKFURT AM MAIN E. V.

FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

7. Jahrgang — Heft 2 Preis 10 Pfg.

Februar 1957

Verlagsort Frankfurt a. M.

Werkprofessoren

Das Geschäftsjahr 1956 stand wieder im Zeichen der Hochkonjunktur. Der Aufsichtsrat der XY Aktiengesellschaft hat deshalb beschlossen, die Dividende auf 8% zu erhöhen. Nach den Gutachten über die Marktlage unserer Aufsichtsratsmitglieder, der Herren Professoren Müller und Maier, werden wir dadurch kein Risiko eingehen.

Solches oder ähnliches kann man aus Geschäftsberichten großer Konzerne, aus Berichten von Handelskammern und aus Parlamentsprotokollen entnehmen. Alle haben gemeinsam, daß ihnen, je nach ihrer Größe, ein oder mehrere Professoren als Mitglieder angehören. Es scheint, als habe der Lehrkörper der Universitäten sich in den Organisationsformen des öffentlichen Lebens aufgelöst. Betrachtet man diese Professoren näher, dann findet man, hat man sich erst einmal durch die Liste ihrer Titel, Obliegenheiten und öffentlichen Verpflichtungen hindurchgelesen, daß sie auch einen Lehrstuhl an einer Universität innehaben.

Unter diesem Auch-Lehrstuhl drängen sich dann an einigen Stunden des Wochenendes die Studenten, um einer Vorlesung, die zwischen eine gerade beendete Tagung und dem zu erwartenden, verkürzten Wochenende eingezwängt ist, zu hören. Kein Wunder, daß man als Student dann eben in einer Auch-Vorlesung sitzt, die dabei sehr interessant und kurzweilig sein kann, weil dann die gebotene Materie oft mit der Frische der Praxis gewürzt ist. Dann aber zieht der Professor sich zurück und der Student, mit mancher Frage beladen, wird in seinem Terminkalender neben Versammlungen, Sitzungen und anderen Verpflichtungen ebenfalls einen Termin haben. Dabei braucht er nur Glück und sehr viel Geduld.

Sind die Professoren Manager geworden, jene mit Aufgaben und Verantwortungen überhäuft, gehetzten Menschen, die bald einem Infarkt zum Opfer fallen? Angesichts der Vielzahl derer, die sich zusätzlich zu ihrer Lehrtätigkeit verantwortungsvolle Posten im öffentlichen Bereich aufgebürdet haben, mag es fast so erscheinen. Es ist schwer, Gründe für diese Entwicklung zu finden. Sie wären vielleicht im Gespräch mit jenen Professoren zu erfahren, aber Gespräche dieser Art, die ja nur dem engen Verbundensein von Professor zu Student entspringen können, gehören schon lange der Vergangenheit an. Es bleiben also nur Vermutungen.

Professoren als Gutachter und Berater in öffentlichen Organisationen, ja selbst als Parteipolitiker sind keine neue Erscheinung. Neu allerdings ist der Umfang, in dem sie sich nach 1945 im öffentlichen Leben engagierten. Man sucht

nach Begründungen und endet bei Vermutungen. Man fragt, warum gerade nach 1945 jenes Rennen nach öffentlichen Ämtern begann, fast als müsse die in den Jahren der „inneren Emigration“ angestaute Aktivität sich nun auswirken und dies vornehmlich im politischen und wirtschaftlichen Bereich. Oder wollte man dem Vorwurf zuvorkommen, die Universität habe in der Vergangenheit versäumt, Entwicklungen außerhalb ihrer Mauern zu erkennen oder zumindest, diese Entwicklung rechtzeitig zu steuern? Nun wolle man aus den Mauern herausgehen und versuchen, eine Wiederholung gleicher oder ähnlicher Umstände von Beginn an unmöglich zu machen. Dann müßten — recht optimistisch betrachtet — die Professoren bald wieder zur Universität zurückkehren können. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall, denn der Schrei nach Experten mit Rang und Namen wird immer lauter. Daß er nicht ungehört verhallt, liegt an der schlechten wirtschaftlichen Lage der Professoren. Mancher mag dabei an spätere, eigene Forschungen denken, deren Kosten in dem Gehalt schon lange nicht mehr untergebracht werden können, an Möglichkeiten, dann erfolgreicher für immer dringender werdende Zuschüsse für die wissenschaftliche Institute sorgen zu können. Der Student wie der Professor stehen heute in einem Stadium des Existenzkampfes, wie es den Bemühungen um die Wissenschaft und damit den Universitäten nicht abträglich sein könnte.

Die Bemühungen dieser Professoren um finanzielle Zuschüsse hatten meistens nur den Erfolg, die Universitäten noch einmal über Wasser zu halten, aber zu mehr hat es nicht gereicht. Betrachtet man die Soll- und Habenseite dieser Entwicklung, dann ist man versucht zu sagen, ein Zusammenbruch hätte das finanzielle Fiasko unserer Universitäten nachhaltiger demonstriert als gutgemeinte, aber zu kleine Zuschüsse. Was sie erreicht haben, hat die Sollseite eher belastet als entlastet.

Auf der Sollseite steht an erster Stelle die Forschung. Fast auf allen Gebieten hat Deutschland die verlorenen 12 Jahre wettzumachen und zusätzlich die in einer beinahe überwältigenden Anzahl entstehenden neuen Problemen zu lösen. Das jedenfalls ist der Tenor sämtlicher Kommuniqués der wissenschaftlichen Kongresse der jüngsten Zeit. In einem Land, das mit seinen Ausgaben für Bildung und Forschung im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten bedenklich rückständig ist, sind Professoren, die sich außerhalb der Universität mit öffentlichen Aufgaben befassen, Verschwendung, wie alle Kräfte, die Zwangsentwicklungen zufolge an falschen Plätzen angesetzt werden. Deshalb werden finanzielle

(Fortsetzung Seite 10)

Große Wachablösung

Wenn immer in der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren die Personalpolitik des Bundesverteidigungsministeriums zur Debatte stand, entzündeten sich die Leidenschaften. Jedoch seit dem Amtsantritt des Verteidigungsministers Strauß wurde nur noch selten über dieses Thema diskutiert. Von ihm erhoffte man beruhigenden Einfluß auf die Verhältnisse im Ministerium und in der Truppe. Es scheint, als habe der Minister dieser Erwartung entsprochen, denn seit langem standen Persönlichkeiten wie Speidel, Heusinger oder Graf Baudissin nicht mehr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Das hat sich plötzlich geändert. General Speidel wurde zum Befehlshaber der NATO-Verbände in Mitteleuropa ernannt. Diese Ernennung, könnte man mit ungeteilter Genugtuung aufnehmen, gäbe es nicht untrügliche Zeichen, daß damit nur der Anfang für ein allgemeines Revirement oder wie die Militärs so schön sagen, für eine große Wachablösung gemacht wurde. Es ist kein Geheimnis mehr, daß General Heusinger demnächst eine Funktion im militärischen Rat der NATO übernehmen wird und damit den bisherigen deutschen Verbindungsoffizier in Washington, den General Tempelhof, ersetzen wird. Diese beiden Verände-

rungen würden sich noch im Rahmen des üblichen halten, hätte man nicht zur gleichen Zeit vorsorglich bekanntgegeben, in naher Zukunft werde der Posten des Inspektors der Bundeswehr besetzt, und zwar wahrscheinlich mit dem ehemaligen Generalobersten Wenk. Wenk ist für die deutsche Kriegsgeneration ein Begriff, das braucht nicht besonders betont zu werden. Welches seine Pläne sind, kann nur geahnt werden, daß aber gewisse Kreise in der deutschen Bundeswehr mit konkreten Vorstellungen an den zukünftigen ranghöchsten Offizier herantreten werden, dafür gibt es Anhaltspunkte, die recht nachdenklich stimmen müssen.

Vor wenigen Wochen machte der militärpolitische Mitarbeiter einer großen westdeutschen Tageszeitung in einem Artikel darüber bewußt vage formulierte Andeutungen. So ist man geneigt, Schlimmes zu befürchten. Er schrieb sozusagen Wenk zum Geleit, man dürfe von dem Inspekteur der deutschen Bundeswehr erwarten, daß er endlich der Vetterwirtschaft im Verteidigungsministerium ein Ende bereite, die Unterabteilungen und Referate vermindere, den Wasserkopf verschwinden lasse, der sich in Bonn gebildet

(Fortsetzung Seite 4)



Welturaufführung (Bericht auf Seite 8)

Falschgold

In einem Brief an den Bundestagspräsidenten hat Bundesinnenminister Schröder unlängst Material über die Gelder vorgelegt, die in der Bundesrepublik von staatlicher und kommunaler Seite für kulturelle Zwecke aufgebracht werden. So hat, nach den Angaben des Ministers, das kaiserliche Deutschland 1913 für Schulen 1146 Millionen, die Bundesrepublik dagegen 1950 2149 Millionen und 1954 3983 Millionen aufgewendet. Für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wurden 1913 im Reichsgebiet 166 Millionen, 1954 im Bundesgebiet 1187 Millionen ausgegeben. Die Zahlenrelationen ändern sich freilich ein wenig, wenn diese Ausgaben nicht nur auf den Kopf der Bevölkerung aufgegliedert, sondern auch auf der Basis der Kaufkraft von 1938 errechnet werden. Danach entfielen auf jeden Deutschen an Ausgaben für kulturelle Zwecke: 1913 30,11 Mark, 1928 42,33 Mark, 1936 37,52 Mark, 1949 32,42 Mark und 1954 64,01 Mark. Ohne Berücksichtigung der Kaufkraftrelation zur Reichsmark sind 1954 pro Kopf der Bevölkerung 104,41 Mark ausgegeben worden, während dieser Satz, jetzt nach der Kaufkraft der verschiedenen Währungen berechnet, in England 137, in Holland 100 und in Frankreich 79 DM beträgt.

Ein schmeichelhafter Vergleich? Der Hundertmarkschein, den der westdeutsche Staat für die kulturellen Bedürfnisse eines jeden seiner Bürger aus dem Staatssäckel zieht, soll nicht gering gerechnet werden. Doch muß man daran erinnern, daß in den letzten Jahrzehnten die staatliche Beteiligung auf dem sogenannten kulturellen Sektor auf ebenso eindrucksvolle Weise zugenommen hat. Was früher etwa eine breitere Schicht wohlhabender Bürger, auch aus Gründen der Tradition, getragen haben mag, hat sich heute in eine Behördenreferat und einen Etatposten verwandelt. Auch die soziologische Zusammensetzung derer, die Kultur verwalten, soweit sie sich verwalten läßt, hat sich verändert. Oder es sei daran erinnert, daß sich, zumal bei den Naturwissenschaften, die Sachausgaben für alle Arten von Ausbildung und Berufsvorbereitung, soll sie dem gegenwärtigen Stand des Wissens und der Spezialisierung halbwegs angemessen sein, vervielfacht haben. Der Staat also hat sich nicht von selbst zum Mäzen von Kunst und Wissenschaft bekehrt; soziologische Veränderungen haben ihn in diese Rolle genötigt.

Aber nicht nur aus diesen Gründen mutet es, sozusagen auf statistische Weise, pharisäisch an, wenn Minister Schröder, auf seine Zahlen sich berufend, in dem Brief an den Bundestagspräsidenten hervorhebt, daß Schule, Forschung und Wissenschaft in der Bundesrepublik ihren gebührenden Platz behaupteten — und hinzufügt, diese Feststellungen könnten die in der Öffentlichkeit erhobene Forderung nach Ausbildungsbeihilfen des Bundes für Studenten auf ein gesundes Maß zurückzuführen. Der fühlbare Nachholbedarf könne nur durch organisch wachsende Bemühungen, nicht durch eine plötzliche Verzehnfachung der staatlichen Aufwendungen gedeckt werden.

Wie denn: fühlbarer Nachholbedarf und organisch wachsende Bemühungen? Jedermann, der mit der Sache auch nur peripher befaßt ist, weiß, daß es sich bei Forschung und Wissenschaft oder bei Studentenbeihilfen in der Bundesrepublik nicht um Nachholbedarf, sondern um Notstand handelt, dem nicht mehr durch organisch wachsende Bemühungen — vielleicht mit den kulturellen Eifersüchteleien zwischen Bund und Ländern? —, sondern allein durch rasche und unmittelbare Hilfe begegnet werden kann.

C. Ch. Kaiser

Man sagt in Bonn...

Selten machte es so wenig Freude, der Bonner Politik auf ihren verschlungenen Pfaden zu folgen, selten legten die Politiker aller deutschen Parteien so wenig Wert auf Fairneß wie in diesen Wochen, die den Auftakt zum Wahlkampf bildeten. Verwunderlich, sollte man denken, denn alle diese Politiker wollen doch wiedergewählt werden. Aber dennoch liegt darin kein Widerspruch, denn zwischen den deutschen Parteien scheint auf politischem Gebiet etwas zu bestehen, was Bundesminister Erhard auf wirtschaftlichem Gebiet unter allen Umständen verhindern will: eine Kartellabsprache.

Diese Absprache könnte folgendes zum Inhalt haben: Die vertragschließenden (politischen) Parteien verpflichten sich, den Wahlkampf und seine Vorbereitungen ohne Rücksicht auf guten Ton und gute Sitten zu führen. Fairneß und Moral sind für den politischen Kampf im 20. Jahrhundert überkommene Erfolgshemmungen. Maßstab allen politischen Bemühens ist der Wille zur Macht. Dieses Ziel rechtfertigt jede Handlung.

Den Auftritt eines Kartellbrechers brauchten die vertragschließenden Parteien nicht zu fürchten. Es gibt gegenwärtig in Deutschland keine Partei, die die konsequente Beachtung der Regeln der Ehrlichkeit gegenüber den Wählern auf ihre Fahnen geschrieben hätte. Würde sie morgen gegründet, die Folgen für die bestehenden Parteien wären verheerend. So kommt es für die deutschen Parteien nur darauf an, sich gegenseitig im Stile *catch as catch can* an die Wand zu spielen.

Man mag uns hier Zimperlichkeit vorwerfen, Mangel an Einsicht und zu-idealistische Vorstellungen von der Politik. Man mag behaupten, daß eine gewisse Härte und Rücksichtslosigkeit ein notwendiges Ingredienz des politischen Kampfes kurz vor Wahlen sei. Aber alles sollte dort seine Grenze haben, wo der Staatsbürger und Wähler das Gefühl bekommen muß, daß die Politik nur noch eine Farce darstellt, inszeniert, um ihn und seinen gesunden Menschenverstand zu prellen und zu verhöhnern. Und selbst wenn diese Praktiken völlig unvermeidbar wären (was sie nicht sind), wäre es Pflicht der Jugend, den verantwortlichen Politikern zu sagen, daß sie derartige Methoden im Kampf um die Macht im Staate verachtet. Das Zusammenleben im Staate würde vollends unerträglich, wenn nicht einmal die Jugend saubere Vorstellungen von der Politik hätte.

Was gibt Anlaß zu derart düsteren Betrachtungen? Die Tatsache, daß nun inzwischen sämtliche Parteien der Bundesrepublik ihre geheiligten Prinzipien über Bord geworfen haben, um sich taktische Vorteile für den Wahlkampf und den berühmten Morgen nach dem Wahltag zu sichern. Den Anfang machte die SPD. Nachdem sie erst im vergangenen Jahr, als die CDU mit ihrem „Grabengesetzentwurf“ herausrückte, laut und deutlich erklärt hatte, so kurz vor einer Bundestagswahl dürfe das Wahlgesetz nicht mehr manipuliert werden, ist sie es ein Jahr später, genau acht Monate vor der Wahl, selbst, die eine Änderung des Wahlgesetzes verlangt. Aber es kommt noch besser. Die Sozialdemokratie, die 1918 bei der Gründung der Republik Pate gestanden hat, möchte das Wahlgesetz ausgerechnet zugunsten der königstreuen Bayernpartei geändert sehen, mit der sie in München zufällig in einer Landesregierung sitzt.

Überhaupt: Ein großer Teil der Verwirrung, von der die deutsche Innenpolitik gegenwärtig ergriffen ist, kommt auf das Konto der Münchner Koalition, dieses Parteiensalats, entstanden aus dem Drang zur Macht und den gemeinsamen Ressentiments gegenüber dem Prälaten Meixner, dem Frak-

Attaché im Sterbezimmer

Persönliche Integrität ist diplomatischer Brauch. Botschafter oder Gesandte werden im Gastland nicht Spionage oder Sabotage treiben. Diese Aufgabe verbleibt den ungebundeneren Attachés oder Beratern. Der Chef wird sie zwar nicht offiziell ermuntern; er hat aber kaum etwas dagegen, solange solches Treiben erfolgreich und im Dunklen bleibt. Daß diese Regel nicht nur im Internationalen gilt, bewies ein interekkliales Ereignis in Bayern. Dort verstarb, wie die Frankfurter Rundschau zum Monatsanfang berichtete, Professor Fendt, in seiner Jugend katholischer Geistlicher, in reifen Mannesjahren und im Alter namhafter und gelehrter Protestant. Ein beklagenswertes Ereignis mit delikaten Folgen, denn die Beerdigung wurde unverzüglich nach katholischem Ritus vorbereitet. Er habe bei „ganz klarem Bewußtsein“ die Sterbesakramente katholisch empfangen, erklärte das Pfarramt Sankt Max. Die Ordensschwwestern, deren Krankenhaus der Verschiedene sich anvertraute, hätten dem geschwächten Patienten zugesetzt, verkündete das evangelisch-lutherische Landeskirchenamt, und vindizierte die Leiche zur evangelischen Bestattung. Dem Wunsch wurde entsprochen, zumal die Witwe ihn unterstützte; „sofort“, sagte man dazu in Sankt Max, „erst nach langwierigen Verhandlungen“ behauptete die Gegenseite.

Die höheren Behörden, die Botschafter des Glaubens, konnten sich einigen. Denn schließlich ist man offiziell für Toleranz. Was die Attachés, die Frontkämpfer des Glaubens im Zwielficht eines Sterbezimmers taten, ist nicht mehr aufzuklären. Sie taten sicher ihre Pflicht.

K. Walter

tionsführer der CSU im Landtag zu München. Die Konfusion, mit der dieses Vierparteienexperiment begann, hat sich, einem Gartenunkraut gleich, auf die gesamte deutsche Politik übertragen. Ausgerechnet die konservative Bayernpartei nämlich stößt mit in das Horn der SPD, um gegen die allgemeine Wehrpflicht Sturm zu laufen. Sie tut das nur, weil ihr Erzfeind und Hauptkonkurrent, die CSU, genau entgegengesetzter Meinung ist.

Die CSU wiederum hat längst erkannt, daß sie die Wahlnöte der Bayernpartei auf ihre Weise nutzen kann. Rechenexperten haben herausgefunden, daß es der SPD bei allem guten Willen schwerfallen dürfte, der Bayernpartei zu drei Direktmandaten zu verhelfen, falls die Bemühungen, die 5-Prozent-Klausel zu erweitern, fehlschlagen sollten. Ob sie fehlschlagen werden, liegt einzig und allein in den Händen der 54 CSU-Abgeordneten des Bundestages, die dem entsprechenden SPD-BHE-DP-Antrag zum Siege verhelfen könnten. Der Preis der CSU lautet allerdings: Die Bayernpartei muß als Gegenleistung die Münchner Koalition verlassen. Das wiederum ist für die BP eine bittere Pille, denn die Konsequenz wäre eine Koalition zusammen mit der

FRANKFURTER BÜCHERSTUBE SCHUMANN U. COBET

Frankfurt am Main · Börsenstr. 2-4 · Fernsprecher 91494

CSU. Aber das Los, gemeinsam mit den Männern des Prälaten Meixner regieren zu müssen, ist bitter. Meixner und Hundhammer sind für Zucht und Ordnung, auch beim Regieren. Es ist viel leichter, das Odium des Satellitentums auf sich zu nehmen, als es wieder loszuwerden.

Wo winkt für die BP die Rettung in der Not? Sie ist viel näher und einleuchtender, als man meinen sollte. Bayernpartei-Vorsitzender Professor Baumgartner reiste nach Hannover, um dort mit DP-Chef Hellwege zu verhandeln. Die

...und in Deutschlands Hauptstadt

Am besten man vergißt diesen 31. Januar 1957; noch besser, man vergißt ihn rasch. Die Bundestagsdebatte dieses Tages war die wohl sinnloseste Demonstration, die es im Bundestag zur Frage der Wiedervereinigung bisher gegeben hat.

Gewiß, niemand, und das gilt in besonderem Maße für Berlin, machte sich vor der Debatte irgendwelche Illusionen. Offensichtlich auch in Bonn niemand. Aber was kam, war schlimmer und machte selbst den Nüchternen noch betroffen.

Niemand wird wohl je ergründen können, warum diese Debatte anberaumt und durchgeführt wurde. Über die Wiedervereinigung zu sprechen, ist heute, da offensichtlich keiner ein Konzept hat, nur sinnvoll, wenn man zumindest Mut hat. Mut kann, auf kürzere Sicht betrachtet, ein Konzept ersetzen. Was aber brachte die Bundestagsdebatte?

Mit einem Schuß Zynismus könnte man ihr Ergebnis umschreiben: Wir haben endlich eine gemeinsame Außenpolitik, deren verbindendes Element die Ratlosigkeit von Regierung und Opposition ist. Beide wissen nicht mehr weiter. Nur befindet sich die Opposition in der relativ glücklicheren Ausgangsposition: sie kann so tun, als wüßte sie weiter, da nichts sie zwingt, ihre Behauptungen am unbarmherzigen Korrektiv der Wirklichkeit zu erproben.

Keiner weiß weiter. Das ist das Gemeinsame. Und über alle hastig konstruierten Gegensätze hinweg, ist es auch das allein Entscheidende. Alles andere zählt nicht. Den gegensätzlichen Auffassungen, die im Verlauf der Debatte hervortraten, merkte man nur zu deutlich an, daß sie künstlich forciert waren und den lustlos unternommenen Versuch darstellten, die allgemeine Ratlosigkeit zu verbergen. Sie zählen nicht. Und die Ratlosigkeit haben sie nicht verbergen können.

Warum also diese Debatte? Einige haben geäußert, man sei in diese Auseinandersetzung einfach hineingeschusselt, ohne zu überlegen, ob und was dabei herauskommen könnte. Aber unseren Politikern ein solches Maß von Torheit zu unterstellen, wollen wir uns besser standhaft weigern und uns an die andere aufgetauchte Version halten: Danach soll die Debatte eine Art „offizielle“ Eröffnung des Wahlkampfes gewesen und anberaumt worden sein, weil die Opposition die Regierung zu dem Eingeständnis zwingen wollte, sie habe „kein Rezept für die Wiedervereinigung“, während die Regierungsparteien ihrerseits das gleiche Eingeständnis von der Opposition hören wollten.

Nun, auch diese Version stellt unseren führenden Politikern kein Zeugnis über Weitsicht und Klugheit aus. Ist man schon ratlos (und bei einigem selbstkritischen Vermögen, das ja auch ein Zeichen politischer Klugheit ist, hätte man es vorher erkennen müssen), so sollte man sich doch nicht leicht-

Deutsche Partei wird dank des Umstandes, daß ihr in Niedersachsen drei Wahlkreise sicher sind, auf jeden Fall im nächsten Bundestag vertreten sein. Nichts leichter für die Bayernpartei also, als sich an die DP „anzuhängen“, deren Anhang in Bayern ohnehin gering ist. Da das Wahlgesetz für jede Kandidatenliste einen einheitlichen Parteinamen für das gesamte Bundesgebiet vorschreibt, müßte sich die Bayernpartei für die Zeit der Wahl den Namen „Bayernpartei, Landesverband der Deutschen Partei“ zulegen. Nirgends im Wahlgesetz steht, daß man diese Bezeichnung nach der Wahl nicht wieder ändern und in ihre frühere Form zurückverwandeln darf! Keinen der beiden Verhandlungspartner ficht auch die Tatsache an, daß die Deutsche Partei ein strammer Befürworter der Wehrpflicht ist und sich in dieser Beziehung in schreiendem Gegensatz zur Bayernpartei befindet. Das sind unerhebliche kleine Schönheitsfehler, über die man nicht weiter spricht.

Daß darüber die CDU Konrad Adenauers erbost ist, die letzten Endes der Deutschen Partei 1953 in den Bundestag verholphen hatte, liegt auf der Hand. Der wütende Brief des Kanzlers an Hellwege lieferte den Beweis. Aber die Überraschungen nehmen noch kein Ende: Selbst die CDU, die mit Hilfe ihres „Grabengesetzes“ alle Parteien außer der SPD aus dem Bundestag eliminieren wollte und die nicht müde wird, ihre Vorliebe für das Zweiparteiensystem und die Mehrheitswahl zu beteuern, soll bereit sein, in der Frage der 5-Prozent-Klausel mehr Entgegenkommen zu zeigen, wenn ihr die Bayernpartei dafür in München und bei der Kanzlerwahl am Morgen nach dem Wahltag gefällig ist.

Das Fazit ist erschütternd: Es gibt keine deutsche Partei, die nicht bereit wäre, alle ihre Grundsätze zu verleugnen und zu verkaufen, wenn sie dafür die Macht oder ein Teil davon einhandeln kann. Die Moral der deutschen politischen Parteien hat einen noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht.

Aber der Bogen sollte nicht überspannt werden. Es hat in Frankreich Zeiten gegeben, zu denen die Leute in den Kinos pfffen und johlten, wenn während der Wochenschauen Politiker auf der Leinwand erschienen. Das war, als die Regierungen in Paris alle 14 Tage zu wechseln pflegten. Dieses Pfeifen und Johlen war der Ausdruck der Verachtung. So weit können wir es in Deutschland auch noch bringen, wenn unsere Parteien ihre Prinzipien alle 14 Tage wie ausgelaugte Knochen in die Mülltonnen werfen.

Bg

fertig in die Situation begeben, diese Ratlosigkeit öffentlich bekunden zu müssen.

Es sei denn, man begegnete dieser Situation — ist sie schon unausweichlich — durch die Flucht nach vorn. Regierung oder Opposition — wer von beiden auch immer durch den anderen zum Eingeständnis seiner Ratlosigkeit gezwungen werden sollte, hätte nur auf eine Art Ansehen und Beifall erringen können: durch das ganz offene, rückhaltlose und mutige Eingeständnis, daß die Wiedervereinigung unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist. Eine derartige Erklärung hätte wenigstens den Beifall gefunden, den Ehrlichkeit und Mut immer finden werden. Sie hätte auch als heilsame Ernüchterung wirken und deutlich machen können, daß unser größtes politisches Anliegen auch großer Anstrengungen und großer Opfer bedarf. Doch nicht nur, wer die Debatte am Fernsehschirm oder am Lautsprecher verfolgt hat — auch wer sie in den Tageszeitungen nachlas, mußte feststellen, daß dieses Eingeständnis des Nichtweiter-Wissens verschämt und mit halben Mut gemacht wurde und unmittelbar ausgesprochen nur vom Abg. Kiesinger (und auch das lediglich als Nebensatz auf einen Zwischenruf hin).

So wurde auch die geringste Möglichkeit dieser sinnlosen Debatte vertan. Es war eine unehrliche Debatte. Eine Debatte der vorgetäuschten Gegensätze. Nichts ging von ihr aus, weder Hoffnung noch Ernüchterung. Lediglich Depression, die jedoch weniger auf den recht aussichtslosen Stand der Wiedervereinigungsfrage zurückzuführen ist, (wer wußte das nicht ohnedies?), als vielmehr auf den Stand der politische Dinge in der Bundesrepublik überhaupt. Am besten also, man vergißt diese Debatte und vergißt sie rasch; damit der eine Effekt nicht erst wirksam werde, den sie tatsächlich haben könnte: daß das Wort „Wiedervereinigung“ wieder um einige Grade abgenutzt wird.

Man empfahl uns Geduld. Mehrfach wiesen die Redner der Debatte darauf hin. Über die Empfehlung denkt jedoch anders, wer die Zone und die Not ihrer Bewohner ständig vor Augen hat. Wer beobachtet, wie sich die beiden Teile Deutschlands politisch, wirtschaftlich, rechtlich, sozial, und schließlich eben auch menschlich immer weiter voneinander entfernen, der hält „Geduld“ für ein schlechtes Wort. Der ist überzeugt, daß wir alle eine Verpflichtung zur Ungeduld haben. Gewiß — vor den Wahlen zum neuen Bundestag werden die Russen sich auf Verhandlungen nicht einlassen. Wir müssen warten, aber doch in Ungeduld warten. Man empfiehlt uns: kommt Zeit, kommt Rat. Aber aus dem Geiste, in dem dieser Satz gesprochen wurde, kommt kein Rat, auch nicht nach noch so viel Zeit. Die Anwendbarkeit dieses Wortes ist doch nur möglich, wo einer umsichtig, phantasievoll und vor allem — mutig die Zeit zu nutzen versteht. Sagen wir also nicht: kommt Zeit, kommt Rat. Sagen wie lieber: kommt Mut, kommt vielleicht auch Rat

Joachim

DISKUS FRANKFURTER STUDENTENZEITUNG

Herausgeber: Alexander Böhm, Klaus M. Ellrodt, Sebastian Herkommer, Norbert Piltzing, Hanns Schreiner.
Chefredakteur: Werner Schaffernicht.
Redaktion: Horst Enders, Udo Kollatz, Hanns Schreiner, Oscar Strobel.
Korrespondent in Bonn: Gert Baumgarten.
Korrespondent in Berlin: Joachim Fest.
Geschäftsführung: Günter Schwank, Königstein/Ts., Adelheidstr. 24, Tel. 883.
Anzeigenverwaltung: Etelca Götz, Frankfurt am Main, Leerbachstraße 92, Telefon: 55 62 61.
Konten der Zeitung: Rhein-Main Bank Nr. 121 210, Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 30158. Manuskripte sind zu richten an „DISKUS, Frankfurter Studentenzeitung“, Universität Frankfurt a. M., Mertonstr. 26, Tel. 77 07 41, App. 213. Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gezeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die der Redaktion.
Der DISKUS ist das Nachrichtenblatt der „Vereinigung der Freunde und Förderer der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. e. V.“; auf die redaktionelle Gestaltung der Zeitung hat die Vereinigung keinen Einfluß.
Druck: Druckerei Dr. Günter Zühlsdorf, Frankfurt am Main, Oederweg 39 a, Tel. 55 11 78.
Abonnements zum Preise von 1,50 DM für zwei Semester sind unter Einzahlung des Geldes bei der Geschäftsführung zu bestellen.

Pillen und Stiftzähne

Schon einige Zeit dauert die Tauglichkeitsbeschau eines Teiles des Jahrganges 1937, wobei gewiß viele der Durchleuchteten zum ersten Male erfahren mußten, daß sie kurz-sichtig sind, eine belegte Zunge haben oder auch Plattfüße oder einen hohlen Zahn. Diese Mängel hätten sie wohl erst später — wenn überhaupt — feststellen können. Nun, der Staat wird wahrscheinlich in Kürze schon dafür sorgen, das diese Ersatzreservisten vernickelt eingerahmte Butzenscheiben, Halspillen, Knobelbehereinlagen und Stiftzähne erhalten.

Die derart Gemusterten nehmen aber anscheinend diese vormilitärische Prozedur noch nicht allzu ernst — überdies ist ja auch Faschingszeit —: zur Freude der Lokalredaktionen und Pressefotografen, zur Erbauung der Leser ziehen sie schon wieder strohbehütet und bierehrlich singend durch die Bundesstädtchen, wohl wissend, daß sie sich mit dem k. v.-Büchlein in der Tasche etwas daneben benehmen dürfen. Die Zeitgenossen bleiben stehen und halten Maulaffen feil; manch herziges Jungmädchenlächeln fliegt aus dem Fenster; und sicher sind's nicht wenige, denen dann das Herz in der inzwischen eingefallenen Heldenbrust voller Erinnerung träuft, und vielleicht pfeifen sogar einige die immer neue und ewig junge Werbeschnulze durch eine Zahnücke mit: „Es ist so schön Soldat zu sein...“ Scheint ja tatsächlich zu stimmen. Denn, in Norddeutschland z. B. hat man in einer Ansiedlung für Panzerfahrerschüler einen — vorläufig noch vorhandenen — Kasten angebracht, in den die neuen Soldempfinger ihre kritische Stimme — ohne Unterschrift, nota bene! — hineinwerfen dürfen. Und nach Leerung des Kastens stellte man fest: vor allem sprachen sich die Rekrutierten lobend über den überaus herzlichen Willkomm in der neuen Behausung aus (hieße es in einer Radiomeldung); und weiter: man sei gar nicht für einen zu engen Kontakt mit den Vorgesetzten. Anscheinend langweilen sich auch die jungen Kanonenschützen, denn sie möchten mehr Gelände- und Nachtübungen haben. Na, vielleicht wollen sie nun selbst einmal den „Todesfahrer von Rock Moorheide“ spielen, wenn auch nur mit Platzpatronen und Pappmännchen.
K. U. Nath

Schwarz-weiß-grau

Die Prüfungstermine sind nicht nur aus den Anschlägen an den schwarzen Brettern der Fakultäten zu ersehen; diese Termine werden vielmehr allen Studenten präsent durch die in schwarzen Anzügen, weißen Hemden und silbergrauen Krawatten durchs Universitätsgebäude huschenden Kandidaten. Zugegeben, einige dieser Prüflinge sehen Konfirmanden ähnlicher als Männern, die im Begriff sind, ihr Studium abzuschließen. Aber ist das der Grund, warum ihnen die Professoren und Beisitzer in simplen Straßenanzügen gegenüberüberreten? Sicher nicht. Ebenso wenig kann die Hypothese akzeptiert werden, daß die Prüfung für den Kandidaten ein großer, hoffentlich einmaliger Vorgang ist, für den Professor hingegen durch Massenandrang zur Routinebürde verschlis-

sen wurde. Die Professoren könnten sagen: Was wollen Sie? Es liegt bei Ihnen, in welcher Kleidung Sie sich einfinden. In der Tat, darüber bestimmen die Prüfungsordnungen nichts. Wenngleich dieser oder jene Prüfer schon Anspielungen gemacht, ja, einen grauen Anzug und dergleichen moniert hat.

Wer auf Form hält, kann nicht umhin festzustellen, daß hier ein Verstoß gegen sie vorliegt. Auch beim Examen müßte der Grundsatz gelten, daß die Zusammenkommenden sich in ihrer Kleidung entsprechen sollen. Deshalb entweder alle in Straßenanzügen oder alle in schwarz-weiß-grau!

Richard Landers

Ein Kuckucksei?

Im Ghostwriter-Zeitalter bleibt dem Memoirenschreiber, dessen Unkenntnis in eigenen Werken befremdet, auf den Einwand, ob er es denn nicht selbst so geschrieben habe, häufig nur die Ausflucht: „Geschrieben schon, aber aus Zeitmangel bisher leider noch nicht gelesen.“ Eine seit Dumas gängige Antwort.

Neu ist, daß auch Gesetzgeber sie bemühen. Oder sollte eine auf ihren Ruf so bedachte wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung Äußerungen eines Bundestagsvizepräsidenten falsch berichten? Dr. Jaeger, nicht nur Vizepräsident des Deutschen Bundestages, auch Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, hat (laut FAZ vom 21. 1. 1957) erklärt, daß

„der Kriegsdienstverweigerer bei aller Anerkennung einer Gewissensentscheidung niemals als Vorbild gelten könne, sondern nur der, der seinen staatsbürgerlichen Pflichten genüge.“

Welche staatsbürgerliche Pflicht Kriegsdienstverweigerer nun eigentlich nicht erfüllen, bleibt unerfindlich. Denn im jüngst unter rühriger Mithilfe von Dr. Jaeger verabschiedeten Wehrpflichtgesetz heißt es:

„Die Wehrpflicht wird durch den Wehrdienst oder im Falle des § 25 (d. h. Kriegsdienstverweigerung, Die Red.) durch den zivilen Ersatzdienst erfüllt.“

Ex definitione ist ein Kriegsdienstverweigerer also jemand, der gleich allen anderen a l l e seine Pflichten, darunter die Wehrpflicht, erfüllt, und auch diese in gesetzlich geregelter Form.

Es wäre böswillig, zu unterstellen, daß ein prominenter Politiker wie Dr. Jaeger die Wahrheit veruntreute, nur weil er zufällig zu Offizieren über die Affäre des Generalmajors Herrmann sprach. Auch zu Demagogie bestand eigentlich kein Anlaß, denn Dr. Jaeger hielt keine Wahlrede. Es gibt im Grunde nur eine Erklärung: Dr. Jaeger kennt sein Gesetz nicht.

Gesetze werden manchmal im Bundestag beraten, bekämpft, in parlamentarischen Sitzfleischschlachten durchgepeitscht, ohne daß ihr Inhalt allen Beteiligten geläufig wird. Man kann sich beim Abstimmen ja schließlich an die Fraktion halten. Daß aber ein so entscheidendes wie das Wehrpflichtgesetz von einem in der Fraktion, im Präsidium und auch im zuständigen Ausschuß so maßgeblichen Mann wie Dr. Jaeger inhaltlich nicht erfaßt ist, daß gerade er so verhänglichen Unsinn von sich geben konnte, das macht die Sache doch verdächtig. Sollte das Gesetz unterschoben, ein Kuckucksei sei?

Udo Kollatz

Köstliche Geheimnisse

„Nach der Heirat im April
Nahm jeder an,
Sie würden einen Thronfolger zeugen
Wie das Gesetz es befahl.“

Doch wie der Zufall es will,
Wurde es kein Mann.
Stattdessen eröffnete den Reigen
Ein Mädchen. O Qual!“

Die Welt hat es überstanden. Und wir wollen es bei dem monegassischen Epigramm bewenden lassen, das uns am bisher stolzen Tag des Herrn Rainier, dem 23. Januar 1957, aus der Feder floß. Wir könnten diesen Fall auf sich beruhen lassen, wenn es nicht um die letzte Verszeile noch einen erbitterten Streit gegeben hätte. Denn ein Historiker sagte ganz in unserem Sinne, daß nach einem 1918 abgeschlossenen Vertrag Monaco an Frankreich fällt, wenn das Haus Grimaldi, dessen letzter männlicher Sproß Rainier III.

ist, aussterben sollte. So herrsche offensichtlich die Erbfolge der Salier. Gründliche Zeitungsläser entgegneten jedoch, daß die Geburt eines Erben — gleich, ob Knabe oder Mädchen — den Bewohnern des kleinen Fürstentums auf jeden Fall die Angst nimmt, eines Tages Frankreich einverleibt zu werden und damit die Steuerfreiheit einzubüßen, die heute das unabhängige Monaco gewährt. In der Tat ein Dilemma, welches zu vollster Zufriedenheit wohl nur so gelöst werden kann, daß Prinzessin Caroline Louise Marguerite einen Bruder bekommt. Gerüchte, daß es zum Weihnachtsfest so weit sein solle, werden vom Hause Grimaldi noch schärfstens dementiert.

Apropos Grimaldi! Ein altes, ehrwürdiges Geschlecht, obwohl der Hochadel es jetzt schneidet, weil die „Märchenhochzeit“ vom 19. April des Jahres 1956 nicht standesgemäß war. Doch dieser Schönheitsfehler spielt jetzt keine Rolle. Wie schwer es normalen Sterblichen ist, einer verehrungswürdigen Grimaldifürstin den Rang abzulaufen, hat uns der Papst demonstriert, der eine Katholikin rüffelte, weil sie „das köstliche Geheimnis ihrer Mutterschaft“ vor der Zeit verraten habe und es dadurch zum Mittel für die publicity geworden sei. Diese Katholikin war Gina Lollobrigida. Der Kult um Monaco verfällt nicht so strengem Spruch. Denn schließlich sei, dozierte der Historiker, die Familie Pacelli mit der Familie Grimaldi verwandt und die Familie Kelly gehöre zu den einflußreichsten Katholiken des nordamerikanischen Kontinents. Womit wir die köstlichen Geheimnisse abschließen.
Caesar

Zigarren für Herrn Rowohlt

Man mag noch einen Zusammenhang entdecken, wenn in dem rororo-Band 206 „Nachtflug nach Arras“ von Saint-Exupery plötzlich Argalmisch angeboten wird, obwohl die Verbindung „Flugzeug — Auto: Benzin“ reichlich konstruiert ist. Ebenso ist es eine fromme Vergewaltigung des Herrn Ignatius von Loyola (rororo-Band 185), wenn zwischen den Seiten 14 und 15 zunächst ein Hidalgo hoch zu Roß gezeigt wird. Dahinter Palmen, Bogenwerk und eine Mischung von Kirche und Kastell. Der Spanier ist übrigens nicht mit Sicherheit als europäischer Adliger auszumachen; denn als Turbanträger könnte er ebensogut von der islamischen Konkurrenz sein. Dazu die Unterzeile: „So sah es damals aus...“ Blättern wir um, entdecken wir folgenden Jubelschrei:

Doch die moderne Welt ist für Ungezählte nur denkbar mit dem (geliebten) Kraftfahrzeug und mit dem Benzol-Gemisch
ARAL bleifrei

Damit knüpft Herr Rowohlt aus Hamburg an amerikanische Verhältnisse an, wo — zum Vergleich! — das Radiowesen so atomisiert ist, daß Geschäftsreklamen ungefähr alle fünf Minuten die Sendungen bis auf eine kleine Anzahl ganz repräsentativer Art unterbrechen. Nachzulesen in Herrn Rowohlts Deutscher Enzyklopädie, Band Nr. 9, Seite 102, unterer Absatz. Nachdem er nun genau befolgt, wovor in seinen Büchern gewarnt wird — nämlich vor der wachsenden Atomisierung der Bildung und ihrer Übertragung, die nach Geoffrey Gorer in seinem rororo-Band „Die Amerikaner“ die politische Apathie ungemein begünstigt —, nach solch erfolgreichen Ansätzen also, da wundert es dann wohl auch nicht mehr, wenn es in den Erinnerungen Sir Winston Churchills (rororo-Band „Weltabenteurer im Dienst“, Nr. 36) auf der obligaten Reklameseite zu folgenden Meditationen eines rororo-Churchills kommt:

„Dies vermag die Erinnerung so stark wachzurufen wie ein Geruch. Nächst dem ist die beste Gedächtnishilfe eine Melodie oder ein Lied. Ich habe mir eine Melodie im Kopf für jeden Krieg aufbewahrt, den ich mitgemacht habe (welch ein Summen! — hkk —), und eigentlich für jede kriegerische und erregte Phase meines Lebens. Wenn dereinst mein Schiff vor Anker geht, werde ich mir alle die Lieder und Melodien sammeln, und dann werde ich im Sessel sitzen und —

rauchen eine FOX.“

Blättern wir um, sehen wir Sir Winston Churchill tatsächlich rauchen. Nur die Foxzigarette ist etwas dick geraten. Es ist eine Zigarre. Dafür verdient Herr Rowohlt in Hamburg mehr als eine Zigarre.
Horst Helmut Kaiser



Eine Frage?

Kennen Sie die vielen
Situationen des täglichen
Lebens, in denen Ihnen
Ihre Bank helfen kann?
Besuchen Sie uns,
wir beraten Sie mit
großer Erfahrung.



RHEIN-MAIN BANK
AKTIENGESELLSCHAFT
FRÜHER DRESDNER BANK

Frankfurt a. M., Gallus-Anlage 7

VDS erwartet Gäste aus Warschau

Lange genug liegen schon die ersten Fühlungen zwischen polnischen und westdeutschen Studenten zurück, lange genug ist auch schon in der Studentenschaft über Form und Inhalt kommender Gespräche diskutiert worden. Nun endlich werden Erwartungen und Spekulationen mit der Wirklichkeit konfrontiert werden: Mitarbeiter polnischer Studentenzeitungen werden offiziell Gast des VDS sein, werden von Berlin aus eine Informationsreise durch die Bundesrepublik antreten. Bei dieser Gelegenheit, so darf man wohl annehmen, werden nicht allein unverbindliche Höflichkeiten ausgetauscht werden — man wird um gewisse politische Themen, die sich bei so einem Besuch aufdrängen, nicht herumkommen. Denn darüber, daß es sich nicht einzig und allein um eine Führung durch den westdeutschen Wirtschaftswundergarten handeln wird, dürften sich alle Beteiligten, selbst jene, die dies, und nichts anderes wünschten, klar sein.

Allerdings sollte man die Erwartungen nicht überspannen, denn die schwerwiegenden politischen Probleme, die das deutsch-polnische Verhältnis belasten, sind nicht von Studenten zu klären. Es kann sich lediglich um informelle Erkundungen handeln nach dem Standort und nach der Stimmung des Gesprächspartners. Gelingt es aber, hier echte Ergebnisse zu finden, so ist dies in jedem Falle ein wertvoller Beitrag zur Vorbereitung jener Diskussion, die über kurz oder lang von den Regierungen doch in Angriff genommen werden muß.

Man mag sich zunächst vergegenwärtigen — und dies ist wichtig, da das politische Wunschdenken auch unter Studenten noch

immer nicht ausgestorben ist —, daß es in Polen, jedenfalls in der großen Mehrheit der tonangebenden Kreise, keine Abwendung vom Marxismus gegeben hat. Gewiß hat sich die ideologische Situation geändert: Auf den XX. Parteitag der KPdSU folgte das VIII. Plenum der Vereinigten Arbeiterpartei Polens, auf welchem man die Abwendung von der Stalinschen Version des Marxismus wohlüberlegt mit den polnischen innenpolitischen Bedürfnissen abstimmt. Die Erscheinungsform der Weltanschauung wurde freundlicher und konzilianter; trotzdem hat sie im neuen Gewande nichts von dem eingebüßt, was sie von den Grundlagen unseres politischen Denkens unterscheidet. Ganz im Gegenteil: Das Faktum, daß nun an Stelle der kämpferischen die humanistischen Seiten im Werke Marx und Lenins hervorgekehrt wurden, macht die Lehre in der Auseinandersetzung nur gefährlicher. Denn in dem Maße, wie man gewisse Liberalisierungen bis hin



95 Pf. und DM 1,50, mit Lecithin DM 1,80 — In Apotheken und Drogerien

zu relativ freien Wahlen in das System einbaut, nimmt man den Gegnern Angriffspunkte und erleichtert den nichtmarxistischen Gruppen im Volke eine loyale Annäherung an die offizielle Linie. Nur so ist es möglich gewesen, die nationalen Gefühle in die neue Linie einzubauen. Hier bedarf es aber noch eines Hinweises: Man erlauge einem großen Irrtum, wenn man glaubte, diese Erscheinungen als Nationalkommunismus ausdeuten zu können, der von Moskau unabhängig seinen eigenen Weg geht. Der Marxismus ist und bleibt eine internationale Bewegung.

Ferner bleibt festzustellen, daß selbst, wenn diese ideologischen Bindungen nicht beständen, Polen außenpolitisch keine freie Hand hat. Eingezwängt zwischen der osteuropäischen Hegemonialmacht und einem ihrer treuesten Satelliten, bleibt keine andere Wahl, als innerhalb des Ostblocksystems zu verbleiben und die Rote Armee im Lande zu dulden. Aber es ist recht zweifelhaft, ob man in Polen, selbst wenn dieser Zwang der Realitäten nicht bestände, eine Lösung aus dem politischen und militärischen Verbande überhaupt wollte! Die Macht der Sowjet-Union bleibt zuletzt doch der einzige Garant der Oder-Neiße-Grenze.

Dwight D. Eisenhower - five Minutes to Noon

„Der Präsident hat die Pläne genehmigt, nach denen Amerika im Rahmen des Geophysikalischen Jahres zwischen Juli 1957 und Dezember 1958 unbemannte, künstliche Erdsatelliten einsetzen wird, die die Erde umkreisen sollen. Dieses Projekt dient ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken, seine Ergebnisse sollen den Wissenschaftlern der ganzen Welt zugänglich sein.“

Mit diesem Geleitspruch des amerikanischen Präsidenten betritt der Besucher die Ausstellung „Unbegrenzter Raum“ in den Frankfurter Messehallen. Nach unserem Bericht über die Ausstellung „Weltall — Erde — Mensch“ im Gebäude der Magdeburger Stadtbibliothek („Josef Wissarionowitsch Stalin — Half past Noon“, DISKUS, Januar 1957) ließe sich nun in herrlicher Umkehrung sagen: „Mensch — Erde — Weltall“ in Frankfurt. Doch die Umkehrung ist nur ein Wortspiel. Schon bei der Darstellung des Universums in den Magdeburger Räumen fanden wir jene seltsame Mischung von Nüchternheit und Pathos, die in lapidaren Worten verkündet: „Heute sind wir in das Zeitalter der Atomenergie eingetreten. Morgen werden unsere Nachkommen das Problem der interplanetarischen Verbindung lösen.“ Hüben wie drüben der Griff nach den Sternen! Und wo in Magdeburg die Ausstellung endete, wurde sie bruchlos in Frankfurt fortgesetzt.

Bevor wir die Magdeburger Ausstellung verließen, standen wir vor einem dünnen, roten Seidenvorhang. Ein gelber Hammer reckte sich — eine liegende Sichel kreuzend — bis an einen Stern, der sich leicht im Wind des Entlüfters bewegte. Wir schoben den Stoff beiseite und befanden uns in einem tiefblau ausgeschlagenen Raum, dessen Dunkelheit durch eine kleine elektrische Birne eher noch verstärkt als vermindert wurde. Aus dem Dunkel leuchteten uns Bretter entgegen. Die Bretter einer neuen Welt? Die hinter einer Glasscheibe sitzende Kassiererin verriet uns die jüngsten Pläne. Eine Weltraumrakete soll aufgestellt werden. „Als Modell“, ergänzten wir; denn sie sprach schon so, als ob zwischen Traum und Wirklichkeit kaum noch ein Unterschied wäre.

In Frankfurt empfing uns wiederum ein dunkelblau ausgeschlagener Raum. Verloren einige Stühle darin. Dann erlosch das Licht. Ein Bildwerfer projizierte beklemmende und großartige Versuche um und mit Raketen auf die weiße Leinwand. Und dort vorn, fast das gleiche Gesicht, wie es schon Robert Jungk sah: „Es schaut mich immer wieder aus dunklen Augenhöhlen mit einem verschwommenen, fast gebrochenen Blick an. Und ich muß zu ihm zurückschauen, muß diese aufeinandergepreßten

Diese politischen Gegebenheiten — so wenig freundlich sie im Augenblick für den Beobachter in der Bundesrepublik aussehen — hindern Polen seit geraumer Zeit nicht, Kontakte zu westlichen Ländern, besonders zu Frankreich und der Bundesrepublik zu suchen. Trotz mancher berechtigten Ressentiments aus der Kriegszeit sind Berichte über das kulturelle Leben Westdeutschlands in jeder Zeitung und Zeitschrift Polens zu finden, ein beschränkter wissenschaftlicher Austausch ist schon im Gange.

Das Interesse an wirtschaftlichen Dingen ist groß. Trotzdem mutet es sonderbar an, zu erleben, wie im gleichen Moment, in dem man versucht, mit Westdeutschland ins Gespräch zu kommen, man keinerlei Schritte unternimmt, die deutschen Minderheiten, die in Schlesien, Pommern, Masuren und im Ermland verblieben sind, kulturell und politisch aus dem Status von Staatsbürgern dritter Klasse zu heben. Und seltsam ist es, daß im gleichen Augenblick, in dem die ersten Fühler zum politischen Gespräch mit Westdeutschland ausgestreckt werden, in den Verwaltungsgebieten den polnischen Neusiedlern der Besitz des zugehörigen Landes ausdrücklich verbrieft wird.

Es wäre unmöglich, zu fordern, daß alle diese Probleme schon jetzt gelöst werden, und es wäre unsinnig, selbst in den Fragen, in denen wir uns im Recht befindlich glauben, mit ultimativen Forderungen zu arbeiten. Wichtig ist vor allem, zu erfahren, ob es überhaupt möglich ist, eine gemeinsame Gesprächsgrundlage zu finden. Daß alle Seiten den oftmals beschworenen guten Willen mitbringen, sollte selbstverständlich sein — der gute Wille allein genügt aber nicht. Wirkliches politisches Gespräch heißt, sich auf den Boden der Humanität und der Menschenrechte zu begeben. Und hier gilt es zu forschen, ob die humanistische Version des Marxismus, wie sie in Polen praktiziert wird, wirklich jene Grundlagen enthält. Erst dann wäre er einer weiteren Diskussion wert.

Auch das Recht ist unteilbar. Das heißt nicht, daß wir uns in die Brust werfen sollten, um unser gutes Recht in bezug auf die Gebiete unter polnischer Verwaltung oder anläßlich einer Unterhaltung über die deutschen Minderheiten zu fordern. All diese traurigen Verhältnisse sind nicht ohne unser Verschulden zustande gekommen. Man wird aber vielleicht neue Lösungen in der Territorialfrage diskutieren können, wenn es gelingt, unsere polnischen Partner zu überzeugen, daß weder die gegenwärtige westdeutsche, noch eine künftige gesamtdeutsche Politik in feindlicher Weise gegen Polen gerichtet sein wird.

Die Diskussion dieser Themen wird sich nicht vermeiden lassen, da sie uns und unsere polnischen Gäste am meisten beschäftigen. Jedoch muß noch einmal betont werden, daß es unsere Aufgabe ist, lediglich die Stimmung zu erkunden, und unseren Gästen die Versicherung zu geben, daß man in Zukunft nicht mehr von der „deutschen Gefahr“ sprechen kann.

Heiko Körner

Fortsetzung von Seite 1

Große Wachablösung

habe. Was kann damit gemeint sein? Der genannte Militärkorrespondent gab die Antwort selbst. Er behauptete, die höheren Offiziere des Ministeriums, vor allem die, die schon in der Dienststelle Blanck gearbeitet haben, hätten nur Persönlichkeiten ihres Geistes, vornehmlich aber Offizieren, zu denen sie freundschaftliche Beziehungen hatten, den Eintritt ins Ministerium ermöglicht. Außerdem habe man bei den damaligen Ernennungen subjektive Momente ins Spiel gebracht, was von einem Personalamt, hätte es damals eines gegeben, sicher nicht gebilligt worden wäre. Es ginge wahrscheinlich zu weit, wollte man diesem Gewährsmann unterstellen, er meine, daß bei den militärischen Dienststellen in Bonn korruptionsähnliche Zustände zu irgendeiner Zeit herrschten. Ohne viel Phantasie ergibt sich aus den Zeilen, daß es einflußreiche Leute gibt, die meinen, es sei an der Zeit, den Bürooffizieren Truppenkommandos zu geben, um sie so elegant aus dem Ministerium „hinauszubefördern“. Solche personelle Umgruppierungen sind in jedem Lande üblich und entsprechen in der Regel militärischen Erfordernissen. In der Bundesrepublik vollziehen sie sich jetzt zum erstenmal. Darum sollte man genau prüfen, ob neben nützlich-ernstlichen Erwägungen dabei nicht auch politische Ambitionen im Spiele sind.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Offiziere des Ministeriums, vor allem die jüngeren unter ihnen, reformfreudiger als der Durchschnitt der Truppenführer sind. Wieviel vom neuen Geist, der die Streitkräfte beleben soll, noch immer nur auf dem Papier steht, ist auch bekannt. Immer wieder ist von Offizieren bei Diskussionen und im privaten Gespräch zu hören, die Demokratie sei für sie kein Problem, denn sie hätten ja auf die Verfassung geschworen und damit sei der Fall geklärt. Jeder Zweifel an der Eidestreue sei ein Versuch der Diffamierung. Eine solche Haltung, so frapierend sie in ihrer Einfachheit wirkt, zeigt eigentlich erst recht die latente Gefahr, in der sich der Staat seit der Existenz der Armee einmal mehr befindet.

Selbst bei angemessenem Respekt vor der Heiligkeit eines Eides und vor der Ehrlichkeit, die Soldaten im allgemeinen eigen ist, bleibt man nicht ganz frei von dem deprimierenden Gefühl, daß bei der Berufung auf den Eid opportunistisches Lippenbekenntnis immer noch im Spiel ist.

Ein junger Offizier, er war einer der wenigen Überzeugungsdemokraten unter den Soldaten, die wir bis jetzt kennengelernt haben, sagte vor kurzem in einem privaten Gespräch, er sei heute mehr denn je der Meinung, daß die Träger des neuen Geistes in der Armee über kurz oder lang zwischen Links und Rechts zerrieben würden. Er meinte damit, daß die junge Armee in ihrem inneren Gefüge schwer an dem versteinerten Gegensatz zwischen Opposition und Regierungspartei leide. Wenn, wie wir nicht hoffen wollen, die zukünftige Verringerung der Unterabteilungen und Referate im Verteidigungsministerium bedeuten sollte, daß man auf die Unterabteilung „Inneres Gefüge“ verzichten will, Graf Baudissin und seine Mitarbeiter mit Truppenkommandos betraut, wäre offensichtlich, daß die Krise angebrochen ist. Man sollte in Bonn nicht vergessen, daß Graf Baudissin noch für lange Zeit ein Politikum ersten Ranges bleiben wird.

Oscar Strobel

Ein Werk der Großchemie ist ohne Forschung nicht denkbar; denn sie ist die Grundlage für die Entwicklung neuer Erzeugnisverfahren. Deshalb haben die FARBERWERKE HOECHST AG. und ihre Tochtergesellschaften in den letzten vier Jahren für Forschungszwecke 211 Millionen DM aufgewendet, davon allein 1955 69 Millionen DM, das sind 5,4% vom Umsatz.

Die Voraussetzungen für unsere Forschungsarbeiten sind nicht zuletzt auf die Tätigkeit der deutschen Universitäten und Hochschulen zurückzuführen, aus deren Hörsälen jetzt wieder gut ausgebildete junge Naturwissenschaftler und Techniker zu uns kommen. Darüber hinaus erkennen wir dankbar die an den Lehrstätten und Instituten betriebene Forschung an, auf der die Praxis aufbaut.

FARBWERKE HOECHST AG. vormals Meister Lucius & Brüning FRANKFURT (M) - HOECHST

Lippen wiedersehen. Er ist beinahe nackt, dieser Junge. Außer einer kleinen Badehose trägt er auf seinem Körper nur noch zwei Curte aus Nylon, mit denen er an einen gepolsterten Sitz gefesselt ist. Dieser Sitz aber befindet sich in einer offenen Gondel auf dem äußersten Ende eines langen, schrägen Tragarmes, der erst langsam, dann mit immer größerer Beschleunigung um seine Mittelachse bewegt wird. Eine Glocke schrillt. Das ungewöhnliche ‚Karussell‘ beginnt sich schneller und schneller zu drehen. Das Bündelchen Kreatur da oben auf seinem Sitz wischt rasend rasch und immer noch rasender vorbei.“

Neues Bild: Versuch in einer Hitzekammer. Schließlich Oberst J. B. Stapp in seinem Raketenschlitten, der mit ungewöhnlicher großer Beschleunigung davonjagt. Auch hier aufeinandergepreßte Lippen, ein qualvoll aufgeblähtes Gesicht mit verquollenen Augen, über die sich schließlich das Dunkel einer wohl-tätigen Ohnmacht senkt. Wieder und wieder jagen Raketen in die Höhe. Einige schon beladen mit Lebewesen: Affen und Mäusen, die hilflos im schwebefreien Raum taumeln. Ein Fallschirm trägt sie wieder in die Tiefe, wo die Schimpansen als erstes einen Apfel bekommen, während die nächsten Raketen am Start stehen. Ad majorem gloriam mundi! Und worin unterscheiden sich hier Ost und West?

Gilt nicht auch für die östlichen Forscher und Ingenieure, was Geoffrey Gorer in „Die Amerikaner“ (Rowohlt-Enzyklopädie) schreibt: „Ihre Haltung vor den Dingen ist ungetrübt von Zwiespältigkeit, heiter, klar und vertrauensvoll, Kühn und schöpferisch in einem Maße, wie es noch von keinem Gemeinwesen der Welt erlebt und erahnt wurde; seinem Werkstoff steht der Amerikaner als absoluter Herrscher gegenüber.“ Um so als herrschender Mensch selbst noch zum Werkstoff, zum Objekt zu werden, können wir nach unseren Beispielen ergänzen. Der Analogieschluß ist wohl erlaubt, daß für die Experten des Ostens bei der Absicht, den Weltraum zu erreichen, dieselben Bedingungen gelten, unter denen die westlichen Forscher arbeiten und von denen wir einige darstellten.

Die Tendenz, daß der Mensch zum bloßen Funktionsträger in einem, wenn auch erregend komplizierten technischen Mechanismus wird, läßt sich unter den besonderen Bedingungen, die für den „unbegrenzten Raum“ gelten, doppelt deutlich ablesen. Wie kann der Mensch noch frei handeln, wenn der Luftdruck, auf den sein Organismus abgestimmt ist, so gering wird, daß sein Blut blasiger Schaum wird und zu kochen anfängt? Wie soll er auf seine Instrumente achten und auf seinen Flug, wenn er schneller als ein Geschloß dahinjagt. So bleibt nichts anderes übrig, als ihn einzuzwängen in Anzüge, die seinem Organismus die gewohnten Lebensbedingungen ersetzen, ihn in einem halb liegenden „Sitz“ zu schieben, von dem aus er ohne viel Bewegungsfreiheit nur zwei Hauptinstrumente zu bedienen hat. So vollzieht sich, jedenfalls für den phantasievollen Leser, hier tatsächlich jene Identität von Subjekt und Objekt, von der die Philosophen solange geträumt haben. Ob diese hier freilich in dem von ihnen gemeinten Sinn ist, erscheint uns fraglich.

Horst Helmut Kaiser

Freie Universität — Brücke zum Osten

Der Wagen- und Motorradpark vor dem Henry-Ford-Bau in Dahlem, dem Gebäude der Freien Universität Berlin, unterscheidet sich nicht von dem irgendeiner westdeutschen Universität. Die gutgekleideten Studenten beherrschen das Bild in der Wandelhalle. Trotzdem ist die Studentenschaft — betrachten wir den Lebensstandard — in zwei Klassen getrennt, die sich erheblich voneinander unterscheiden. Gewiß kennen wir überall krasse Gegensätze im studentischen Lebenszuschnitt, und wir würden von Berlin nichts Neues berichten, wäre nicht dort der schlecht gestellte Teil mit der erheblichen Zahl der aus der Ostzone und aus Ost-Berlin Geflüchteten fast identisch. Das Mitgefühl mit diesen geflohenen Deutschen reicht nicht aus, vielmehr müssen wir Kontakt aufnehmen. Eine Selbstverständlichkeit? Täuschen wir uns nicht über die Barrieren, die soziale Unterschiede errichten? Sie erschöpfen sich leider nicht darin, daß der eine ein Auto hat und der andere nicht einmal einen guten Anzug. Der Unterschied liegt tiefer: im Bewußtsein, im Denken, in der Haltung der Gesellschaft gegenüber! Die Überbrückung des Gegensatzes erweist sich als viel schwieriger, als wir zuerst annahmen. Voraussetzung des Kontaktes, der sich nicht auf ein paar unverbindliche Floskeln beim Mittagessen beschränkt, ist unser persönliches Gespräch, ist unsere Bereitschaft, dem anderen ohne Vorbehalt gegenüberzutreten, um für seine Meinungen offen zu sein. Es wird zu oft vergessen, daß der mitteldeutsche Kommilitone acht, zehn oder zwölf Jahre seiner Entwicklung in sehr anderen Verhältnissen gelebt hat als wir. Selbst wenn er nicht nur als „Bürgerlicher“ keine Möglichkeit fand, drüben zu studieren, sondern bewußt die Freiheit des Westens, die Ideen des christlichen Abendlands suchte und deshalb nach West-Berlin flüchtete, selbst dann ist er nicht automatisch „einer der Unrigen“, dem die Verhältnisse der freien Marktgesellschaft und deren Überbau durchsichtig und verständlich sind. Wollen wir im Ernst, daß er sich servil bemüht, spätestens nach einem Semester „gleichgeschaltet“ zu sein? Wer wäre entzückt von solchem Opportunismus? Die Fremdheit, die sich zwischen West- und Ostdeutschen mit langsam wachsender Intensität gebildet hat, heißt es zu überwinden, nicht verdrängen. Hören wir uns den Gesprächspartner

Diamat-Seminar in Berlin

Vom 10. bis 17. Februar findet in Berlin wieder ein Seminar über den Dialektischen Materialismus statt, an dem fünfzig hessische Studenten, vom VDS ausgesucht, teilnehmen werden. Als Veranstalter zeichnet das Amt für gesamtdeutsche Studentenfragen, das seine Mittel aus dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen erhält. Die Diamat-Seminare sollen den westdeutschen Studenten die geistigen Grundlagen des Kommunismus vermitteln und sie mit den Problemen der ehemaligen deutschen Hauptstadt (in ihrer Frontstellung gegen die DDR) vertraut zu machen. Da bisher die Erfolge nicht allzu groß gewesen sind — die meisten Teilnehmer waren bisher Selbstverwaltungsfunktionäre —, wurden bei der diesjährigen Auswahl andere Maßstäbe als bisher angelegt. Entscheidend sollte sein, daß die Teilnehmer tatsächlich an den Ost-Westproblemen und somit am Thema des Seminars interessiert sind, daß sie aus möglichst allen Fakultäten kommen und damit gerechnet werden kann, daß sie nach der Reise ihre Erfahrungen in den Dienst der ganzen Studentenschaft stellen werden. Dafür bietet sich in Frankfurt eine neue Möglichkeit. Wie an anderen deutschen Hochschulen schon vorher, ist hier vor einigen Wochen ein Ost-West-Arbeitskreis gegründet worden, der sich vorgenommen hat, die marxistische Theorie und ihre politischen Auswirkungen zu studieren und im Besitz dieses Wissens, Kontakte mit einzelnen Studenten oder Gruppen mitteldeutscher Universitäten aufzunehmen.

So positiv diese Intention erscheint, so ist doch der Hinweis angebracht, daß sowohl beim Diamat-Seminar wie beim Ost-West-Kreis für ihren Erfolg entscheidend ist, daß die Auseinandersetzung mit der marxistischen Lehre ernst genommen wird. Es geht nicht anders, als daß der in Westdeutschland Erzogene im Studium der Theorie das ihm so fremde dialektische Denken nachvollziehen lernt. Nur dann könnten Diskussionen mit jungen Menschen aus der DDR oder aus Polen eine Erfolgchance haben. Vor allem aber darf der westliche Student nicht im Gewand des Missionars erscheinen: ein überlegener Rechtgläubiger mit dem Lächeln des Alleinseligmachenden! S. H.

Letzte Meldung

Das hessische Kultusministerium hat den Studentenorganisationen mitgeteilt, daß für 1957 eine „gewichtige“ Erhöhung der Mittel für Stipendien zu erwarten sei. Im Rechnungsjahr 1956 sind für Erziehungsbeihilfen zur Förderung von Studenten an den vier wissenschaftlichen Hochschulen des Landes 100 000 Mark zur Verfügung gestellt worden. Für einmalige Unterstützungen an bedürftige Studenten, die keine Erziehungsbeihilfen erhalten können und auch aus Mitteln des Bundes nicht gefördert werden, stehen den Landeshochschulen 37 000 Mark zur Verfügung. Der Gebührenausschuss durch die Unterrichtsgeldfreiheit betrug 1955 2,75 Millionen Mark. 216 000 Mark wurden Studenten erlassen, die an sich Gebühren hätten zahlen müssen. Außerdem werden vom Land für verschiedene Stiftungen zur Förderung von Studenten jährlich 16 000 Mark bereitgestellt. FAZ

also an, lassen wir seine Meinungen gelten, auch wenn sie uns unangenehm in den Ohren klingen, und versuchen wir dann uns mit ihm auseinanderzusetzen. Einmal dienen wir unseren Vorstellungen von Demokratie und Freiheit damit besser, zum ändern können die zu uns Geflüchteten einmal die Brücke bilden, wenn die zwei Teile Deutschlands wieder zu einem ganzen Staat werden.

Das Modell der Wiedervereinigung auf akademischer Ebene ist die Freie Universität Berlin; sie spielt die Rolle der Versuchstation, weil hier der größte Anteil ehemals ostzonalen Studenten und eine jährlich wachsende Zahl Westdeutscher zusammenkommen. Ihr Name drückt die Forderung aus, die wir an sie stellen: eine geistig freie Atmosphäre für alle zu garantieren, Platz zu lassen für die geistige Auseinandersetzung, die Gleichschaltung ebenso zu vermeiden, wie die offene Intoleranz. So erzeugt sie das Klima, das unserem Ost-Kommilitonen nicht die Zuversicht in unsere Bereitschaft zur Verständigung nimmt, das Klima, das uns Westdeutsche näher heranführt an die geistige Problematik der sich bekämpfenden Weltordnungen.

Dieses Modell der deutschen Wiedervereinigung hat sich bisher schlecht bewährt. In einem stärkeren Maße noch als in der Bundesrepublik — aus erklärlichen Gründen zwar — tritt eine Überheblichkeit der westlichen Lehrmeinung an den Tag, die den Begriff freier Meinungsbildung zur Phrase macht und vielleicht nur aus Unsicherheit geboren ist. Die Freie Universität ist viel eher das Modell dafür, wie Wiedervereinigung nicht geht; sie ist der Ausdruck für die Meinung, die Ostzone werde einmal alles dankbar übernehmen, was wir im westdeutschen Bundesgebiet konserviert und restauriert haben! Diese Atmosphäre erschwert aber auch die persönliche Kontaktaufnahme, weil die westdeutschen Studenten im Klischeedenken des „westlichen Gedankenguts“ noch bestärkt werden, dabei aber dessen Widersprüchlichkeit nicht erkennen. Dieser Tatbestand enthebt uns nicht der Pflicht, uns dennoch darum zu bemühen, im Gegenteil: was die Universität versäumt hat, hole der Student nach!

Im Sommersemester fahren viele westdeutsche Kommilitonen in die geteilte Stadt, sei es im Austauschprogramm oder sei es auf eigene Kosten. Sind sie sich klar, daß Berlin nicht ein Studienort ist wie jeder andere? Wollen sie nur den eigentümlichen Nervenkitzel erleben, mit der S-Bahn in den volksdemokratischen Sektor zu fahren, rote Spruchbänder zu lesen, und die Stalinallee mit dem Kurfürstendamm zu vergleichen? Sie wollen zweifellos mehr, wenn es ihnen um ihr Studium in Berlin ernst ist: den Flüchtlingen freie Meinungsäußerung, d. h. Anerkennung ihrer Probleme zu bieten. Vielleicht muß man aber in Zukunft die Zulassung der westdeutschen Studenten an die FU in

Deutschland

Zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind die Beihilfemittel für die Studierenden in Rheinland-Pfalz verdoppelt und die Zahl der Assistenten- und Dozentenstellen an der Mainzer Universität wesentlich erhöht worden. FAZ/DISKUS

Wie der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft mitteilt, hat Professor Ludwig Erhard aus Anlaß seines 60. Geburtstages den Wunsch geäußert, den akademischen Nachwuchs im verstärktem Maße zu fördern. Zur Verwirklichung dieses Gedankens hat der Stifterverband im Einvernehmen mit den Verbänden der deutschen Wirtschaft die Einrichtung der „Ludwig-Erhard-Stiftung zur Förderung des akademischen Nachwuchses“ übernommen. Der Stifterverband hat gleichzeitig die Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und die frei Berufstätigen aufgefordert, der Anregung Professor Erhards durch Spenden zu folgen. Professor Erhard schlägt vor, die Mittel die einem Sonderkonto zuzufießen, auch zur Finanzierung des Studiums junger deutscher Akademiker im Ausland und junger ausländischer Akademiker an deutschen Hochschulen zu verwenden. FAZ/DISKUS

Polen

Eine bedeutsame Resolution über die Rolle und Aufgaben des polnischen Studentenverbandes ZSP faßte die Exekutive dieses Verbandes während ihrer vierten Plenarsitzung. Darin heißt es, daß die Exekutive des polnischen Studentenverbandes es für notwendig halte, in Anbetracht der veränderten Lage die Rolle des Verbandes einer Revision zu unterziehen. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

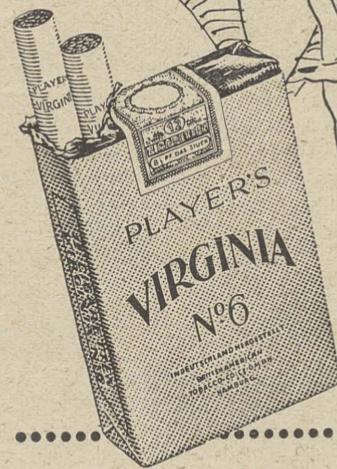
1. Der polnische Studentenverband ZSP soll wieder eine Körperschaft werden, die es ihm ermöglicht, die gesamte Studentenschaft vor den nationalen Behörden und auf internationalem Gebiet zu vertreten. Nach Ansicht der Exekutive soll der Verband polnischer Studenten auch seine eigenen Kandidaten für die nächsten Parlamentswahlen aufstellen und einen Sitz in den Fakultätsräten oder dem Rat der einzelnen Hochschulen mit vollem Stimmrecht erhalten. 2. Der polnische Studentenverband soll wieder den Charakter einer Vertretung aller Studenten tragen. Er muß daher auch den Studenten der verschiedensten Geistesrichtungen und Meinungen Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Aktivität geben. 3. Der Verband muß sich bemühen zu erreichen, daß ZSP und die Studenten selbst für die ihnen anvertrauten

rauche

staune

gute

Laune



..... 8 1/3
eine echte Player's

diesem Sinne strenger handhaben, damit nur die Geeignetsten ins „Bollwerk westlicher Kultur“ geschickt werden. Die Geeignetsten sind aber die, welche sich persönlich dafür einsetzen wollen, daß unser Verständnis für die Verhältnisse des Ostens offen bleibt, und daß die politische Stunde der Wiedervereinigung geistig vorbereitet wird. Der Numerus Clausus, der jetzt nur die Ostflüchtlinge und die Berliner trifft, sollte, läßt er sich schon nicht ganz umgehen, auf diejenigen von uns Anwendung finden, die kein Verständnis für die geschichtlich bedeutsame Aufgabe der Freien Universität mitbringen. Sebastian Herkommer

Nachrichten

Güter wie Studentenheime, Kantinen, Klubs usw. mitverantwortlich sind. Der Verband soll sich ferner bemühen, den Studenten für die Zeit der Ferien Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen und zu diesem Zweck ein besonderes Büro einrichten. Außerdem wird es zur Verbesserung der Studiermöglichkeiten notwendig sein, einen Hilfsfonds zu errichten. 4. Sowohl die Aktivitäten als auch die Abteilungen des Verbandes müssen dezentralisiert werden. Diese Dezentralisation soll gleichermaßen die wissenschaftliche wie die kulturelle Tätigkeit der Studenten betreffen. Als unerlässlich zur Durchführung aller dieser Veränderungen wird die Garantierung voller Autonomie des Verbandes angesehen. Es werde nunmehr nötig sein, jeder Politik der Beeinflussung durch die Parteikader oder die „Union der polnischen Jugend“ ein Ende zu machen. IUS/DISKUS

Mit 98% der abgegebenen Stimmen wurde der Chefredakteur der polnischen Studentenzeitung „Po prostu“, Lasota, als erster Vertreter seines Warschauer Wahlbezirkes in den Sjem gewählt. Auf der Wahlliste hatte sein Name erst an sechster Stelle gestanden. Tagesspiegel/DISKUS

„Czarno na białym“ an „DISKUS“

„Czarno na białym“ heißt „Schwarz auf Weiß“ und ist der Titel einer polnischen Studentenzeitung, die in Krakau erscheint. Das entnehmen wir einem in gutem Deutsch abgefaßten Brief, den die Redaktion der „Czarno na białym“ vor einigen Tagen an uns sandte. In dem Brief, der weder mit „Liebe Friedensfreunde“ beginnt, noch mit volksdemokratischen Friedensbeteuerungen endet, schlägt uns die Redaktion einen gegenseitigen Meinungsaustausch vor. Da heißt es:

„Besonders interessieren uns die Informationen aus dem Leben der Studenten, die künstlerischen Angelegenheiten, die Schöpfungen besonders der jungen Studenten der Plastik, Literatur und im Theater. Wir möchten sehr gerne die photographischen Aufnahmen und artistischen Reproduktionen sehen. Ebenfalls sehr gerne möchten wir Eure originellen Schöpfungen, Gedichte, Erzählungen, bei uns verbreiten, die in unserer Wochenschrift in polnischen Übersetzungen erscheinen sollen.“

Die Redaktion des DISKUS wird bald antworten, daß wir diesen gegenseitigen Austausch gern annehmen. Vielleicht können wir schon in naher Zukunft die ersten Nachrichten und Artikel von der „Czarno na białym“ abdrucken. KME.

Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Literatur

Die Gegenwart

Im Verlagshaus Frankfurter Societäts-Druckerei

Herausgegeben von: Max von Brück, Michael Frey, Robert Haerdte, Fritz Hauens ein, Herber. Küsel, Albert Oeser, Benno Reifenberg, Dolf Sternberger

Im neuesten Heft finden Sie u. a.:

Das wahre Übel — Leitartikel zum Wahlgesetz · Ein Volk geht seinen Weg — Reisebericht aus Israel · Aus einem indischen Tagebuch · Über Friedrich Schlegel · General Speidel — Eine

neue Aufgabe · Ein Nachwort zur außenpolitischen Debatte im Bundestag — Exempel Schleswig-Holstein · Streik noch zeitgemäß? Interessenten erhalten auf Wunsch von uns gern ein kostenloses Probeexemplar.

Zeitkritische Beiträge in der Tradition der Frankfurter Zeitung Kommentare — Vierteljahres-Übersichten

Studentische Mitberatung

Der Verband deutscher Studentenschaften berät ein Memorandum seines Hochschul- und Sozialausschusses zu den Möglichkeiten einer Hochschulreform.

Der DISKUS hat in seiner Dezemberausgabe den Inhalt des ersten Teils dieser Vorschläge veröffentlicht. Besonders das Problem der studentischen Vertretung im Senat verdient Beachtung, weil hier eine der Fragen sichtbar wird, die von den Studenten in eigener Initiative mit den Gremien ihrer Hochschule ausgehandelt werden können.

Keine Rechtsnorm ist öfter in aller Munde, als es Verfassungsnormen sind. Doch die Präzisierung der Norm gewinnt dadurch nichts. Die Garantie der Selbstverwaltung der Universitäten ist in Art. 60 der Hessischen Verfassung (Abs. V., HV) niedergelegt. Da der nach langer „AStA-loser“ Zeit neugewählte Vertreter der Studentenschaft in einer Pressekonferenz in dieser in der Geschichte der Frankfurter Studentenschaft oft bemühten Verfassungsvorschrift den Rechtsgrund seiner Forderung nach stimmberechtigter Vertretung der Studentenschaft im Senat und den akademischen Gremien gesehen hat, soll hier kurz auf das Für und Wider eines solchen Verlangens eingegangen werden. Neben den aus dem Wesen studentischer Selbstverwaltung sich ergebenden Besonderheiten kann fast auf die verfassungsrechtliche Erörterung verzichtet werden. Da aber in bewegteren Zeiten Frankfurter „Studentenpolitik“ schon das böse Wort vom Verfassungsbruch gefallen ist, soll folgendes vorausgeschickt werden.

Art. 60 HV bedeutet die institutionelle Garantie der Selbstverwaltung der Universitäten. Daß diese Garantie sich aber nur auf die historisch überkommene Einrichtung der Selbstverwaltung beschränkt, die Universität also nicht infolge Art. 60 HV zum Staat im Staate wird, kann auch der leicht einsehen, der auf ein Studium der Entstehungsgeschichte der Vorschrift und der Motive des Verfassungsgesetzgebers verzichtet hat, aber die Verfassungswirklichkeit betrachtet. Der beständige Kampf der Fakultäten und des Senats um die Feststellung des Universitätshaushaltes durch den Landtag mußte ihm zeigen, daß es keine absolute Unabhängigkeit der Universität vom Staate gibt, sie hat es auch in der Geschichte der Universitäten nicht gegeben. Wenn der Staat also der Universität in die Vermögensverwaltung, den Haushalt usw. hineinreden kann, dann muß sich die garantierte Selbstverwaltung auf einen anderen Gegenstand erstrecken. (Daß diese Verfassungswirklichkeit keine Verfassungswidrigkeit ist, kann aber der Anerkennung dieser Tatsache durch die Universität entnommen werden, ist es doch unwahrscheinlich, daß die Rechtsfakultäten, die durch die Verkündung der Lehre einen nicht unmaßgeblichen Einfluß auf das Rechtsleben eines Volkes nehmen können, einen Mißbrauch dulden würden.)

Wir müssen also davon ausgehen, daß das in Art. 60 garantierte Recht auf Selbstverwaltung kein unbeschränktes Recht auf Selbstverwaltung ist. Sein Gegenstand ist vielmehr die akademische Selbstverwaltung, ist damit die eigenverantwortliche Verwaltung von Forschung, Lehre und Erziehung durch die Universität.

Innerhalb der Organisation der Universität fällt diese Aufgabe u. a. dem Senat und den Fakultäten zu. Wie dies im einzelnen geschieht, und in welcher Weise bei der Behandlung studentischer Angelegenheiten die Vertreter der Studentenschaft gehört werden, dies braucht in diesem Beitrag nicht erörtert zu werden. An den zweiten Halbsatz des Art. 60 HV: Sie haben das Recht der Selbstverwaltung, an der die Studenten zu beteiligen sind, hat der AStA-Vorsitzende seine Forderung auf Sitz und Stimme im Senat geknüpft; und auf das Beispiel Berlins verwiesen. Berlin ist vielleicht eine besondere Stadt; ob es den Studenten wegen Sitz und Stimme besser geht, als anderswo, ist noch nicht untersucht worden, und ob die Berliner Studenten, weil sie Sitz und Stimme haben, eine höhere Wahlbeteiligung erreichen oder Sitz und Stimme wegen der höheren Wahlbeteiligung, ist sicher nicht sehr einfach zu entscheiden. Auf jeden Fall darf aber das Dilemma der Frankfurter Studentenschaft nicht, wie es oft geschehen ist, mit der schwachen rechtlichen Situation gegenüber der Universität begründet werden. Ja, eigentlich müßte das Gegenteil der Fall sein, die „Empörung“ wegen der „Mißachtung“ hätte der Selbstverwaltung neue Kraft verleihen müssen. (Die Interessenlosigkeit muß also andere Gründe haben, es wäre interessant, wenn der AStA daran gehen würde, sich hier Klarheit zu verschaffen.)

Wenn uns die Betrachtung des Artikels 60 aber gezeigt hat, daß kein Recht auf alle Selbstverwaltung gewährt wird, so gehen wir schon vorsichtiger an die Auslegung des zweiten Halbsatzes. Sollte aber nun einer, irre geworden am bloßen Wort der Verfassung, einen Kommentar aufschlagen, so wird er nicht viel klüger sein, wenn er liest, daß auf Grund der veränderten soziologischen Verhältnisse die Teilnahme der Studenten an der Verwaltung der Hochschule berechtigt sei, und dann belehrt wird, daß die Frage, wie weit diese Beteiligung auszudehnen sei, der Unterrichtsverwaltung oder der Gesetzgebung überlassen sei.

Prüfen wir also, ob ein Stimmrecht studentischer Vertreter sinnvoll, und ob es auch nützlich ist.

Niemand wird bestreiten, daß fast jede Angelegenheit von verschiedenen Personen verschieden beurteilt werden könnte; auf dieser Erfahrung beruht die parlamentarische Methode. Aber

nicht nur vom einzelnen, auch von Personengruppen könnte eine unterschiedliche Betrachtung ausgehen, und in diesem Zusammenhang können auch die akademische Lehrer und die Studentenschaften als Gruppen angesehen werden. Für die Studentenschaft würde aber hier wegen ihrer großen Mitgliederzahl die Bildung einer Gruppenmeinung bedeutend schwieriger sein. Und es gibt wohl keine andere Möglichkeit, als die des Vertrauens für die einmal gewählten Vertreter in der studentischen Massendemokratie. Die Überzeugung der Gesamtheit, die Vertreter werden den „gesunden Menschenverstand“ nicht ganz verleugnen, hat dieses Risiko erträglich erscheinen lassen. Gewiß gibt es Fragen, die innerhalb der einzelnen Generationen wegen des jugendlichen Eifers oder wegen der durch lange Lebenserfahrung erworbenen Bedächtigkeit des Urteils verschieden beurteilt werden und endlich wird es auch Fragen geben, zu denen die eine oder andere Gruppe keinen Zugang hat.

Überall, wo verschiedene Gruppen miteinander zu tun haben, ist daher die beiderseitige Aussprache von unschätzbarem Wert. Wegen der besonderen Stellung der Universität sollte deshalb die gegenüber dem Staat bestehende akademische Selbstverwaltung ein Miteinander von Lehrern und Lernenden, akademische Mitverwaltung, sein. Die Erörterung akademischer Fragen mit Vertretern der Studentenschaft erscheint somit sinnvoll. Daß es dabei gilt, die Besonderheiten der beratenden Gremien hinsichtlich des Schweigebots usw. zu berücksichtigen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die daraus entstehenden Schwierigkeiten sollten im Gespräch überwunden werden.

Auffällig bunte Plakate und fettgedruckte Ankündigungen in den Gängen der Universitäten über Reisen in die Länder Europas und des Nahen Ostens lenken die Aufmerksamkeit der Studenten auf die Tätigkeit des Auslandsreferates im Allgemeinen Studentenausschuß. Damit scheint die Frage nach den Aufgaben dieses Referates beantwortet: Der AStA verhilft den Studenten zu preisgünstigen Ferienreisen; das Auslandsreferat übernimmt Vorbereitung und Durchführung — Cooks Studentisches Reisebüro funktioniert ausgezeichnet, die Reisetilnehmer lassen sich, befreit vom Zwang eigener Planung und Initiative durch die Lande führen, die Reiseleiter werden einmal Branchenerfahrung nachweisen können.

Selbstverständlich habe ich nichts dagegen, wenn Studenten in den Ferien Auslandsreisen machen, und es ist erfreulich, wenn diese Reisen durch gemeinschaftliche Planung billiger werden. Aber der AStA ist kein Reisebüro und sollte das Auslandsreferat, trotz der zweifellos damit erzielten Publicity in der Studentenschaft, nicht vorwiegend auf ein Gebiet festlegen, das den Aufgaben Studentischer Selbstverwaltung in der Universität fremd ist. Das Auslandsreferat muß seine Aufgabe vielmehr darin

wenn müde-dann HALLO WACH
„Überall in Apotheken und Drogerien“

sehen, Kontaktstelle zwischen ausländischen und deutschen Studierenden sein. Das gilt für die Verbindung mit ausländischen Universitäten und mit besonderer Dringlichkeit für die ausländischen Studenten an unseren Universitäten, die sich in Deutschland einleben und Freunde finden wollen. In der unpersönlichen Atmosphäre der Großstadtuniversitäten ist es für die neuankommenden Ausländer, die häufig mit der deutschen Sprache und unseren Bräuchen noch wenig vertraut sind, schwierig, überhaupt ins Gespräch mit den deutschen Kommilitonen zu kommen. Hier die natürlichen Schranken der Konvention zu beseitigen und Kontakte zu vermitteln, ist die Sache des Auslandsreferats. Dabei ist weniger an die Organisation von Empfängen und Festen in eigener Regie gedacht, als an die Anregung von Einladungen und Veranstaltungen bei den studentischen Gemeinschaften, die sich an der Ausländerarbeit beteiligen. Das geschieht natürlich auch jetzt, insbesondere bei den Studentengemeinden und dem World University Service, aber meist ohne sinnvolle Abstimmung auf ein Programm, an dem sich alle interessierten Gruppen an der Universität beteiligen können. Die Veranstaltungen für deutsche und ausländische Studierende jeweils für ein Semester im voraus zu koordinieren, hat sich an einigen Universitäten sehr bewährt und sollte selbstverständlich werden, damit nicht weiterhin Doppelveranstaltungen, womöglich gleichen Programms, miteinander konkurrieren.

Im Auslandsreferat sind die persönlichen und technischen Möglichkeiten für die Koordinierung gegeben. Genutzt werden sie allerdings nur dann, wenn die studentischen Gemeinschaften zur Zusammenarbeit im Interesse der ausländischen Studierenden bereit sind, und das Referat nicht mit der Organisation von Reisen und Festen ausgelastet ist. Das Bestreben muß also darauf gerichtet sein, möglichst viele deutsche Studierende über die Kontaktmöglichkeit des Auslandsreferates mit den ausländischen Kommilitonen bekannt zu machen und aktiv an Veranstaltungen zu beteiligen. Echte Bindungen und Freundschaften entstehen nur aus Begegnungen, die sich nicht in der Passivität rein geselliger Veranstaltungen erschöpfen. Auch das Reisebedürfnis wäre überzeugender, wenn es der persönlichen Begegnung und dem Wunsch zum „Besser-Verstehen-Wollen“ entspränge. Hierbei könnte sich die Initiative interessierter Studenten mit Rat und Organisationsmöglichkeiten des Auslandsreferates verbinden und mit Studienfahrten ins Ausland, die mehr sind als käuflich-unverbindliche Erholungsfahrten,

Jede Beratung muß aber ein Ende haben, sei es auch durch die Abstimmung. Hier wird das umstrittene Stimmrecht von Bedeutung. Das Stimmrecht ist zugleich Ausdruck der Verantwortung für die Körperschaft, in deren Angelegenheiten es ausgeübt wird. Daß der einzelne Professor mit der Universität in anderer Weise verbunden ist als der einzelne Student, wird nicht bestritten werden. Daß aber auch Lehrkörper und Studentenschaft in verschiedener Weise mit der Universität verbunden sind, liegt auf der Hand.

Durch eine verschiedene Berechtigung (mit Sitz und Stimme, oder stimmlosen Sitz) würde also nicht gleiches ungleich behandelt. Wer aber in Machtvorstellungen denken sollte, kann auch im nicht stimmberechtigten Vertreter keine Benachteiligung einer Gruppe sehen, denn sollte er meinen, es würde in solchen Gruppen abgestimmt, so wird wohl niemand zu glauben wagen, die Stimmberechtigung würde auch Parität der Gruppen mit sich bringen. In einem solchen Fall hätte das Stimmrecht erst arithmetische Bedeutung. Die Verschiedenheit der Aufgaben und die Gemeinsamkeit des Zieles akademischer Mitverwaltung sollte die studentische Vertretung in ihrem Gespräch um ihre Stellung in der Universität sich vor Augen halten, und sich weniger leiten lassen vom Glauben an ein Stimmrecht und mehr überzeugt sein von der Überzeugungskraft des besseren Argumentes.

Zusammenfassend ließe sich also sagen, daß die nur mit beratender Stimme anwesenden Vertreter zu allen Tagesordnungspunkten einzuladen, dem Geiste der Verfassung entsprechen wird. Daß in Fragen der Berufung und anderer persönlicher Fragen der Takt den studentischen Vertretern ein anderes Verhalten gebietet, muß nicht erörtert werden.

Walter Fastabend

Kontaktstelle statt Travelbüro

Die dringende Forderung nach stärkerer Breitenwirkung der Auslandsreferate kann jedoch nur dann wirklich erfüllt werden, wenn ein Minimum räumlicher und finanzieller Möglichkeiten an den Universitäten gegeben ist. Einige Räume, die Gelegenheit zu regelmäßigem Gespräch geben, ein paar Schallplatten oder Spiele genügen für den Beginn eines Internationalen Treffpunkts. Sind die materiellen Voraussetzungen aber einmal geschaffen, dann tragen Studentenvertretung und die beteiligten Studenten die Verantwortung dafür, daß nicht die Organisation wuchert, sondern in einer zwanglosen Atmosphäre der Weg vom Kennenlernen zum Verständnis und zur Freundschaft führt.

Gunther Kurtz

Urteil gegen die Uni Frankfurt

Ein mehrfaches Studium wird von der Universität künftig nicht mehr zu verhindern sein. Dies ist das Ergebnis eines Verwaltungsrechtsstreits, mit dem einige Kommilitonen die Verweigerung der Immatrikulation sowie die Nichtgewährung von Studiengebühren- und Kolleggeldfreiheit für ein zweites Fachstudium nach bestandenen Abschlußexamen in einer anderen Disziplin erfolgreich angefochten haben. Die Universitätsbehörden hatten den Standpunkt vertreten, daß eine erneute Immatrikulation in der Regel nur bezwecke, sich die sozialen Vorteile eines Studenten (Studentenzimmer, Fahrpreisermäßigung, Krankenversicherung usw.) zu erhalten, ohne daß dabei an ein ernsthaftes Studium gedacht sei; keinesfalls könne für einen zweiten Studiengang nochmals der sog. „Hessenerlaß“ beansprucht werden.

Das Gericht war anderer Ansicht. Sein Urteil ist allerdings noch nicht rechtskräftig. Über die Einlegung eines Rechtsmittels wird die Universität befinden, sobald ihr die schriftliche Urteilsbegründung vorliegt. Sollte diese stichhaltig und überzeugend sein, dann wird die Universität allerdings kein Interesse mehr haben, noch eine höhere Instanz anzurufen. Das erklärte Amtsrat B a a c k auf Anfrage des DISKUS.

Wie das Verwaltungsgericht im Laufe des Verfahrens durchblicken ließ, neigte es dazu, die Bestimmung des Art. 59 Abs. II der Hessischen Verfassung als unmittelbar geltendes Recht und nicht nur als verfassungsrechtlichen Programmsatz anzusehen. Nach der zitierten Verfassungsnorm „ist“ der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen „nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.“ Stimmt man dem Gericht zu, dann ist die Eignung (und damit die einzig zulässige Zugangsvoraussetzung!) beim Zweitstudium schon darum stets gegeben, weil der Bewerber durch das erfolgreich absolvierte erste Studium seine Hochschuleignung eindeutig nachgewiesen hat. K.

Leserzuschrift

Zu dem Leserbrief des Herrn Weishaar im Dezember-DISKUS, „Statt Wissenschaft Gemeinverstand“ betitelt, gestatten Sie mir als Herausgeber und Redakteur der GRAUEN BLÄTTER folgende Antwort:

Sachlich auf die Kritik des Herrn D. Weishaar an den Rezensionen der Falk'schen Schrift, wie sie zuerst in den GRAUEN BLÄTTERN, später dann ähnlich auch im DISKUS erschienen, einzugehen, verbietet sich angesichts des etwas ruppigen Tones, den Weishaar anspricht, vor allem aber angesichts der Geschmacklosigkeit, die „vergewaltigten deutschen Frauen“ gegen die kritischen Rezensenten ins Feld zu führen.

Wenn Weishaar von den „sogenannten hektographierten GRAUEN BLÄTTERN“ schreibt, so wäre zu sagen, daß er zwar die GRAUEN BLÄTTER zu „sogenannten“ machen kann, daß es aber sinnlos ist, von „sogenannten hektographierten...“ zu reden; entweder sind die GRAUEN BLÄTTER hektographiert, oder sie sind es nicht, „sogenannt hektographiert“ sind sie jedenfalls nicht. (Übrigens sind sie überhaupt nicht hektographiert, sondern per Rotaprint hergestellt.) Wenn Herr Weishaar weiter — wohl um in seiner nicht gerade originellen Farbenreihe zu bleiben — die GRAUEN BLÄTTER als „rosa bis rot schillernd“ charakterisiert, so bleibt wiederum unklar, was er damit meint. Da er die BLÄTTER doch sicher gelesen hat, wird er festgestellt haben, daß innerhalb des Rahmens demokratischer Überzeugungen dort u. a. Sozialdemokraten ebenso gut wie Christliche Demokraten schreiben. Ein der CDU nahestehender Informationsdienst meinte von den GRAUEN BLÄTTERN: „... sie bauen die Querfront durch die freiheitlichen Jugendverbände, vor allem zwischen Christen und Sozialisten auf, ohne Rücksicht auf Bedenken der Verbands- und Parteibürokratie.“

Wenn Weishaar schließlich meint, die GRAUEN BLÄTTER hätten mit der Kritik an P. Falk nun auch Jagd auf „Schwarze“ machen wollen, so befindet er sich vollends im Mißverständnis. Ein guter Teil der Mitarbeiter und der Redakteur der GB selbst sind Katholiken. Arno Klönne

Mit Millionen von Wettfreunden
ständig im Dienste des Sports

**HESSEN-TOTO**
IM WEST-SÜD-BLOCK

Installierte Tradition

Oder wie feiert man ein Fest?

Seit Jahr und Tag ist man sich nicht einig, ob es stattfinden soll oder nicht. Die ihm allzu eifertig das Wort reden, verkennen, daß es ein Universitätsfest schon seit langem nicht mehr gibt. Darüber können auch alle wohlmeinenden Versuche vergangener Jahre nicht hinwegtäuschen. Der Student schaute mit den Händen in den Hosentaschen allen Anstrengungen gemächlich zu und genoß das vorlesungsfreie Wochenende. Beunruhigt wurde er erst, als man es um einen Tag kürzte. Seitdem ist das Thema des Universitätsfestes wieder fester Bestandteil jungakademischer Diskussion. Unbemerkt blieb, daß es schon lange tot war, dieses Fest. Gestorben an der Krankheit der geplanten Tradition, der übrigens auch das Quartier Latin zu erliegen droht, das immer mehr zum akademischen „Wäldchestag“, zum Tummelplatz für studentische Rock'n-Roller geworden ist.

Dabei war für das Universitätsfest die Idee des Gründers nicht schlecht: damit eine Jahresbilanz für die Arbeit der Universität zu geben. Der erste Tag sollte der Auseinandersetzung der Studenten mit politischen, geistigen und kulturellen Fragen der Gegenwart dienen. Fragestunden und Diskussionen, Referate und persönliche Gespräche sollten Dozenten, Studenten und Assistenten zusammenführen. Doch was wurde daraus? Prominente Redner kamen von weither, um dann in halbvollen Sälen Vorträge zu halten. Anschließend gingen die wenigen Beteiligten nach Haus, um sich dann ebenso wie die anderen dem Dolce farniente hinzugeben, für das sie sich wenigstens eine gewisse Legitimation erworben zu haben glaubten. Die Mehrzahl ihrer Kollegen meinte, nicht einmal das nötig zu haben. Wo blieb also die gewünschte *communis opinio*?



Zeichnung: Sturmhöfel

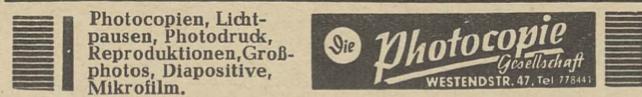
Geistesdunst

Von Schiller hört man die Legende, daß er nur Kraft zum Dichten fände, daß ihm nur kämen die Gedanken in einer Sphäre voll Gestänker. So sah er drauf, daß in der Nähe ein reichlich fauler Apfel stehe. Um Mittel, die den Geist anregen, ist auch die Uni nicht verlegen: Um Mittagszeit läßt sie die Düfte der Mensaküche durch die Triften des Hauptgebäudes gleitend ziehen, um so die Geister zu bemühen, die, will man Wissenschaft gebären, zu solchen Zwecke nötig wären. Jedoch, mir scheint, es kann im Leben so viel Gedanken gar nicht geben, die durch die übermäßige Stärke des Dufts verwandelt sich in Werke der Wissenschaft, nein, mit den Schwaden wird Nas' und Lunge überladen, so daß die starken Küchendünste erzeugen höchstens Hirngespinnste. Moral: Was einem Schiller frommt, nicht unbedingt auch uns bekommt, denn übermäßig starker Stunk dient selten nur als Geistesdunst.

Helmut Seidel

Fanden wir sie etwa bei den Ausflügen zum Rhein oder Neckar? Dort geriet auch der Gutwilligste unweigerlich kurz nach seiner Ankunft im Bestimmungsbahnhof in das Getriebe der örtlichen Fremdenverkehrs-Maschinerie, um sich schließlich mehr oder weniger benebelt auf der Heimfahrt im Zug mit den anderen wiederzufinden. Dies wurde aus dem zweiten Tag, der ursprünglich für Sport und Spiel gedacht war. Dazu sollte ein Volksfest kommen, wobei der Sport nicht so tierisch ernst und das Fest nicht zu „volkstümlich“ (siehe oben!) werden sollte. Vor allem war wohl mehr an die scherzhafte Seite des Sports gedacht, wobei vielleicht ein Wettkampf zwischen alt und jung die Attraktion gebildet hätte.

Das Volksfest, mit Geist und Witz von Studenten geplant und durchgeführt, könnte der Bevölkerung Frankfurts einen Querschnitt durch das Leben unserer Universität bieten, wobei im Hintergrund vielleicht der Gedanke zu finden ist, von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß Frankfurt eine Uni-



versität hat. Dazu sollten die Theater- und Musikgruppen, das Filmstudio und der DISKUS durch Neu-Inszenierungen, Eigenproduktionen oder z. B. der Herausgabe einer Sondernummer beitragen. Niemand komme mit der unbilligen Behauptung, die Studenten besäßen keine Initiative. Sie seien daran nicht interessiert. Die Arbeit in zahlreichen kleineren studentischen Gruppen beweist Initiative genug, der man die Planung eines rechten Universitätsfestes anvertrauen sollte. Man sollte also möglichst viele Studenten schon an den Vorbesprechungen beteiligen.

Der Himmel verschone uns also vor prominenten oder prominentesten Herren gleich welcher politischen Richtung, zumal jetzt im Wahljahr. Er gebe vielmehr dem zum Zwecke der Wiederbelebung unseres prominenten Leichnams „Uni-Fest“ eingesetzten Senatsausschuß die Erkenntnis, daß sich aus der Praxis der letzten Jahre kaum ein Ansatzpunkt ergibt. Also zurück zur ursprünglichen Idee! Einer der maßgeblichen Gründer, der damalige Rektor Prof. Böhm, steht mit seinem Rat sicher gern zur Verfügung. hs.

Politische Gespräche im Januar

So groß war die Fülle der Diskussionen und Vorträge, die die politischen Studentenverbände in den vergangenen Wochen angeboten haben, daß es ganz erhebliche Qual bereitete, die Wahl zu treffen. Jeden Abend in der Universität zu verbringen ist selbst für einen, der das politische Steckenpferd reitet, zuviel! So drängt sich der Gedanke auf, daß es bei den Verbänden vielleicht auch jene Phasen gibt, die der Wirtschaftstheoretiker Konjunktur nennt: Daß die Mitte des Wintersemesters Höhepunkt der Aktivität ist, die zum Semesterende hin abfallend, einen Aufschwung erst wieder aufweist, wenn die neugewählten Vorstände es gelernt haben, auf dem oft recht ungebärdigen Roß der Gruppenbürokratie zu reiten. Trotzdem sollte man versuchen, dem armen Studenten nicht zuviel zuzumuten, da das Ergebnis der Vortragsschwemme nicht anders sein kann, als jenes der unzähligen Wahlversammlungen, die kurz vor dem Abstimmungstermin über den stimmberechtigten Bürger hereinbrechen: Daß er zu Hause bleibt und nur jenen politischen Maximen vertraut, die ihm Familie und Kreiszeitung beigebracht haben. Vielleicht wäre es doch möglich, daß die Veranstalter einmal gemeinsam in den Terminkalender schauten und ihre Abende in holdem Gleichmaß über das ganze Semester verteilen?

So ist es auch unmöglich, auf die Fülle des gebotenen einzugehen. Höhepunkte sind natürlich meist Themen, die aus der Aktualität der Tage heraus gestaltet sind, oder solche die einen im Kreuzfeuer der Meinungen stehenden Referenten auf die Rostra führen. Drei Veranstaltungen waren es, die unter diesem Gesichtspunkt bemerkenswert scheinen. Der LSD war recht gut beraten, Paul Tillich, Leiter der Berliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ einzuladen. Gewiß eine umstrittene Persönlichkeit, was Art und Mittel seiner Kampfmethoden gegen die östliche Gewaltherrschaft anbetrifft, aber doch einer jener Männer, die seit Jahren die politische Praxis an der Zonengrenze nicht unmaßgeblich prägen. Und anders, als bei der Beschäfti-

Am Puls gefühlt

Thema: Mensapreise. Am letzten Sonnabend der vergangenen Semesterferien drohte ein Fiasko. Ein halbes Dutzend des Küchenpersonals hatte entweder gekündigt oder war krank. Auf den Speisekarten aber standen drei Essen zu 0,70, 1,00 und 1,40 DM in der Universitätsmensa, zwei Essen zu 1,10 und 1,40 in der Studentenhausmensa, in der außerdem noch die Möglichkeit besteht, frei nach Karte zu essen.

Um dennoch die Kessel dampfen zu lassen, schlug der Geschäftsführer des Studentenwerks, Kath, als Übergangslösung vor, „bis die Schwierigkeiten behoben seien“, die Anzahl der Essen radikal zu kürzen. So gab es dann in der Universitätsmensa nur noch ein Essen zu 1,00 DM, in der Studentenhausmensa das Gericht zu 1,50 DM. Ob für die Studentenhausmensa mit diesem Vorschlag überhaupt Personal eingespart werden konnte, wenn nun statt des weggefallenen Gerichts um so mehr nach der Karte gegessen wird, wollen wir gar nicht erst untersuchen. Fest steht, daß schon nach drei Tagen die gleiche Anzahl an Essen wie zuvor, also zwei, zum Preis von je 1,50 DM verkauft wurden. Und nach knapp einer Woche stieg der Preis für das eine der beiden Gedecke auf 1,80 DM. Soweit die Tatsachen.

Wenn wir nun davon ausgehen, daß bei der gleichbleibenden Anzahl von Gerichten, die bewältigt werden muß, der Personalmangel kaum noch als Grund für die Erhöhung der Preise in Frage kommt, da ja mindestens im Studentenhaus auf die alte Zahl von Gerichten zurückgegangen wurde, bleibt nur die Vermutung übrig: die Preiserhöhung war von Anfang an ins Auge gefaßt. Der zeitweilige Notstand mit dem zu knappen Küchenpersonal hat nun zur dauernden Begründung für höhere Preise zu dienen. Dabei kann von der sicheren Überlegung ausgegangen werden, daß die Zahl der Essenden nicht wesentlich sinkt, weil diese auf die Mensa angewiesen sind. Diese Monopolstellung wird benutzt, die finanziellen Schwierigkeiten, die wir der Mensa zugeben wollen, auf dem Rücken des Studenten abzuwälzen. Vollends bedenklich wird es dann, wenn dies in der stillschweigenden Annahme geschieht, es würde ihm schon nichts ausmachen.

Wir können uns also des Eindrucks nicht erwehren, daß hier, statt die Schwierigkeiten zu beheben, auf kaltem Wege den Studenten immer neue Lasten zugemutet werden, und halten es darum an der Zeit, daß sich AstA und Parlament sofort mit dieser Frage beschäftigen, um für das kommende Semester das Gleiten der Preise gründlich auf seine Ursachen hin zu untersuchen. Andernfalls bliebe den Studenten ja dann wohl nur noch der Weg der Selbsthilfe. — hkk —

gung mit der Theorie des Liberalismus war der zündende Funke sehr bald in die Diskussion gesprungen und die Geister stießen sich gar hart im Raume. Vielleicht für jenen, der sich an gutem Stil im Streitgespräch erfreut, zu hart! Trotzdem aber sollte man dankbar sein, daß es wieder einmal möglich wurde, mit einem jener Männer ins Gespräch zu kommen, die sich nicht allein platonisch, sondern mit ihrer ganzen Persönlichkeit in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West betätigen. — Auch der SDS hatte zu einer Kundgebung mit einem prominenten Exponenten des politischen Lebens geladen: Ob freilich die Wahl von Prof. Abendroth so sehr glücklich war, mag man sich streiten. Denn abgesehen davon, daß der Referent mit seinen oft überspitzten Thesen zur Abgrenzung von Demokratie und Faschismus beachtliches zur Diskussion innerhalb des theoretischen Raumes in der Politik gab, bleibt doch die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, einen Vertreter eines realistischeren Sozialismus auf das Podium steigen zu lassen. — In die Tagespolitik führte eine Referat vor der Gewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft von Dr. Georg Opel über den Streik in Schleswig-Holstein. Auch hier bleibt eine ausführlichere Würdigung versagt — wiewohl gerade die hochinteressante Diskussion die ganze Problematik des gegenwärtigen Wettlaufs um soziale Sicherheit aufrollte. Ja, fast wäre man versucht zu sagen: Hier wurde die Zauberberlehrer-Situation der Gewerkschaften offenbar, die nun, nachdem sie von Jahr zu Jahr die Begehrlichkeit ihrer Mitglieder geschürt hatten, sich von dieser Seite angegriffen sehen und nun praktisch zur Flucht nach vorn, in die Arme des staatlichen Schlichters gezwungen werden.

Zusammengenommen mit einigen anderen Veranstaltungen gaben diese interessanten Abende ein erfreuliches Bild von der Aktivität der politischen Studentenverbände. Nur — wie gesagt — möge der Osterhase allen Gruppenvorständen einen gemeinsamen großen Terminkalender beschenken! Kö.

Der Zentral-Verlag für Dissertationen Triltsch - Düsseldorf-B, Jahnstraße 36, druckt Dissertationen preisgünstig. — Angebote unverbindlich!

Luise Pollinger

PAPIER · BUROBEDARF · DRUCKSACHEN
Schreibmaschinen und Schreibmaschinen-Reparaturen

KOLLEG - BEDARF

Füllhalter · Luxuspapiere · Geschenke
Büro-, Zeichen- und Schulartikel

Füllhalter-Reparaturen innerhalb 24 Stunden in eigener Werkstatt

Frankfurt am Main, Bockenh. Landstr. 131

(nähest der Universität)

Fernruf 77 55 89

Universitätsbuchhandlung

BLAZEK & BERGMANN

Inhaber Dr. H. Bergmann

Frankfurt a. M., Goethestr. 1 (Am Goetheplatz)

Telefon: 93633 u. 95264

Sämtliche Fachbücher aus den Gebieten

Jura, Wirtschaftswissenschaften,

Medizin, Technik,

Naturwissenschaften

Ebert-Küchenhoff-Meiß

DAS

AMTSGERICHTLICHE DEZERNAT

begründet von Dr. EUGEN EBERT

15. Auflage

Beispiele und Verfügungsentwürfe

für die gesamte amtsrichterliche Praxis unter Anführung der einschlägigen gesetzl. Bestimmungen und Ministerialerlasse Das Werk erscheint in ca. 8 Lieferungen zu je 10 Bogen zum Preis von 12,— DM je Lieferung. Das Werk kann nur als Gesamtwerk abgegeben werden. Sechs Lieferungen liegen bereits vor, die restlichen erscheinen in rascher Folge.

Grundbuchwesen — Testaments- und Nachlaß-Sachen — Öffentliche Register — Rechtsstreit und Vollstreckung in das bewegliche Vermögen — Vollstreckungsschutz, Konkursverfahren, Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses — Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen — Das Strafverfahren — Familien- und Vormundschaftsrecht, Verschollenheitsrecht — Das Arbeitsgerichtsverfahren — Landwirtschaftsrecht.

VERLAG DR. GÜNTER ZÜHLSDORF
FRANKFURT A. M., OEDERWEG 39 A

gesellschaftlich relevanten Fragen. Daraus resultiert die Beschränkung auf vorgegebene Aufgaben, die dann nur zu leicht zum blinden Konstatieren dessen führt, was faktisch ist, damit aber die soziologischen Fragestellungen aus der Soziologie herauseskamotiert. Das Interview bezeichnet damit wahrscheinlich nur eine allgemeine gesellschaftliche Resignationssituation. Darum begnügt man sich in einer angeblich nivellierten Mittelstandsgesellschaft damit, die Meinungen der Leute lediglich verwaltungsmäßig zu registrieren.

Ansätze zur Neuorientierung

Man würde sich aber nun einen Strohmann errichten, um ihn dann niederzuboxen, wollte man bestreiten, daß die Meinungsforschung diese Schwierigkeiten selbst sieht und zum Gegenstand ihrer Methodendiskussion macht. Weder sucht sie, dort noch Aussagen zu machen, wo es eben nicht auf die Summierung der Stimmen ankommt, noch glaubt sie, das Wesen der Gesellschaft schwarz auf weiß nach Hause zu tragen.

Allerdings würde man die Problematik verharmlosen, wenn man sich auf die in der empirischen Sozialforschung selbst enthaltenen Möglichkeiten der Korrektur beschränken würde. Schon mit den sog. ausführlichen Interviews

versucht man ja, die Unmittelbarkeit und Differenziertheit der Gesprächssituation wiederherzustellen; mit sog. Tiefeninterviews sucht man die scheinbar fix und fertige Gegebenheit der Oberflächenmeinung zu durchstoßen, indem man in die Konflikte zwischen den verschiedenen psychischen Instanzen Einblick nimmt; von der Meinung des Durchschnitts rückt man ab, indem man die Schlüsselgruppen untersucht; und schließlich — das bezeichnet ein Extrem — ersetzt man die Interviewsituation selbst durch die Gruppendiskussionen, die bestimmten Formen der Meinungsbildung in der Realität angemessener sind. Zunächst geht es bei allen diesen berechtigten Korrekturen darum, nicht wieder hinter den früheren Stand der Forschung zurückzufallen; die methodische Distanzierung vom Objekt, die das streng normierte Interview darstellt, ist immer noch humaner als die präventöse Humanisierung den Menschen entfremdeter Zustände, wie es betriebswirtschaftlich in der Sorge um die falsch verstandenen „human relations“ nur zu oft geschieht. Vor allem geht es aber darum, alle diese Äußerungen der Subjekte ihrerseits zu vermitteln zu den sich verselbständigenden und insofern „objektiven“ gesellschaftlichen Institutionen. Daher wird man nur mit Hilfe einer vernünftigen Theorie der Gesellschaft, welche die Kritik am soziologischen Betrieb impliziert, an Stelle unfruchtbarer Prioritätsstreites zu einer konstruktiven Methodendiskussion gelangen.

Kulturelle Beziehungen zwischen Serben und Deutschen

I

Kulturelle Beziehungen zwischen Serben und Deutschen

Während im 18. Jahrhundert die Einflüsse verschiedener Nachbarländer in der serbokroatischen Literatur zu spüren waren, übt am Anfang des 19. Jahrhunderts die deutsche Literatur den größten Einfluß aus.

Die kulturellen Beziehungen zwischen Serben und Deutschen haben eine lange Tradition. Die Beziehungen waren sehr mannigfaltig und haben sich unter sehr verschiedenen politischen, historischen und wirtschaftlichen Verhältnissen entfaltet; sogar die beiden letzten Kriege haben diesen Entwicklungsprozeß nicht aufhalten können. Der deutsche Einfluß war in dem südslawischen Raum immer stark gewesen, und es ist kein Wunder, daß die deutsche Sprache auch heute die am meisten verbreitete Fremdsprache ist. Der deutsche kulturelle Einfluß in Serbien hat sich besonders zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts ausgeprägt, obwohl damals das kleine Serbien nicht unter der österreichischen, sondern unter der türkischen Herrschaft stand und einen heroischen Kampf um seine Befreiung führte. Die im Westen fast unbekannteren Serben stießen zuerst fast nur bei deutschen Wissenschaftlern und Dichtern auf Sympathien; viele bedeutende Repräsentanten der deutschen Kultur begeisterten sich für das serbische Volksepos, das eine so entscheidende Rolle für die Erhaltung des nationalen Geistes und des Volkscharakters spielte.

Auch Goethe hat Serbisch gelernt und eines der schönsten Volkslieder: „Hassanaginica“ ins Deutsche übersetzt. Ohne Zweifel hat sich um die Popularisierung und Übersetzung serbischer Lieder das größte Verdienst Jakob Grimm erworben, der ein guter Kenner der serbischen Sprache war und der als erster serbische Volkslieder in Berührung mit der westlichen Kultur brachte.

Ein bekannter serbischer Germanist, Dr. Trivunac, hat in seinem Werk: „Goethe und die serbokroatische Literatur“ (Germanoslavica, Heft 3), ausführlich über die Einflüsse

Goethes auf die serbokroatische Literatur berichtet; auch eine Reihe deutscher Schriftsteller weisen auf die Einflüsse der deutschen Dichter bei den Serbo-Kroaten hin, wie z. B. Hermann Wendel: „Die Welt der Südslawen im Spiegel Goethes“, Frankfurt 1926.

Eine große Anzahl der bedeutendsten serbischen Dichter hat zahlreiche deutsche Gedichte nachgedichtet, so z. B. veröffentlichte Vasilje Subotic zwei Jahre nach Goethes Tod in einer serbischen Zeitschrift die Übersetzung eines der schönsten Gedichte Goethes: „Zueignung“.

1844 übersetzte der Advokat Joan Raic aus Novi Sad: „Die Leiden des jungen Werther“ in das Serbische.

Der serbische Dichter Vojislav Jlic schrieb 1888 das Gedicht „Der Fischer“, dessen Hauptperson sehr an Goethes „Faust“ erinnert. Fast gleichzeitig findet man noch wesentlich größeren und unmittelbaren Einfluß Goethes bei dem serbischen Prosadichter Lazarevic. Seine Erzählung „Verter“ ist ein typischer Anti-Werther, in dem sowohl Goethes Roman als auch sein Hauptheld angegriffen werden. Goethes „Faust“ hat im 19. Jahrhundert bis in unsere Tage hinein eine Fülle von Übersetzungen und Nachdichtungen bei den Serben und Kroaten nach sich gezogen. So sah sich der serbische Gymnasialprofessor Medenica veranlaßt, eine Studie über sämtliche „Faust“-Übersetzungen der bedeutendsten serbokroatischen „Faust“-Kenner zu schreiben. In dieser Abhandlung versucht er, durch Gegenüberstellung verschiedener Übersetzungen Vergleiche anzustellen.

Es wurden fast ausschließlich Werke deutscher Schriftsteller übersetzt; ja, es war nicht selten, daß die serbokroatischen Dichter, die in Deutschland studierten, ihre Verse in deutscher Sprache verfaßten (wie z. B. der serbische Dichter B. Radicevic).

Es ist sogar vorgekommen, daß die österreichischen Behörden serbische Nationalisten in der Vojvodina ins Zuchthaus stecken, weil sie auf den geheimen Versammlungen Schillers Lieder deklamierten, „zum Zwecke revolutionärer Umtriebe“

Das Interview

II. Teil

von Christoph Oehler

Im vorausgehenden Beitrag hatten wir versucht, uns ein Bild von Anlage und Methode des Interviews vor allem im Rahmen der empirischen Sozialforschung zu machen. Das führte ganz unmittelbar auf das Verhältnis von Theorie und Empirie, und zwar zunächst in der Frage danach, was sich eigentlich durch das Interview verifizieren läßt, „wofür die Antworten stehen“.

Die „wahre“ Meinung

Bisher war nur von Zuverlässigkeit der Methode in Hinsicht auf die Möglichkeit einer Verallgemeinerung der Ergebnisse auf die Gesamtbevölkerung die Rede. Man kann aber auch fragen: Zuverlässigkeit von was?

Wir wollen davon absehen, daß das Interview, da es auf die eigene Auskunft der Befragten angewiesen ist, an diesem selbst nicht durchsichtige tiefenpsychologische Strukturen allenfalls nur mit projektiven Fragen rühren kann; ebenso davon, daß über bestimmte emotionell besetzte Zonen die Auskunft verweigert wird, man also auch hier auf indirekte Schlüsse angewiesen ist. Vielmehr geht es darum, wieweit die Meinung notwendig durch die (Interview)-Situation, in der sie geäußert wurde, gefärbt ist. Wir sprachen bereits von dem — gänzlich unbeabsichtigten — Interviewereinfluß, der einfach durch das Spannungsfeld, innerhalb dessen ein Kommunikationsprozeß stattfindet, ins Spiel kommt. Die äußere Situation kommt hinzu: Wer sich zu Hause ungezwungen gibt, wird hier etwas unter Umständen ganz anders äußern als in seinem Büro, wo er sich als Angestellter fühlt. Und schließlich präformiert die Formulierung der Fragen selbst die möglichen Antworten.

Man kann sich nun zunächst darum bemühen, diesen Einfluß der Interviewsituation wenigstens nicht von Fall zu Fall variieren zu lassen, sondern möglichst konstant zu halten. Dann sind die Interviews einander vergleichbar und es können über sie als Gesamtheit Aussagen gemacht werden. Diese Konstanz wird aber nur erreicht, wenn das Interview in Frageformulierung, Aufbau und Durchführung an ein einheitliches Ablaufschema gebunden und wenn außerdem noch die Rolle des Interviewers möglichst beschränkt gehalten wird, er also passiv bleibt. Aus dieser methodischen Notwendigkeit erklärt sich zwingend all das, was an einem Interview als standardisiert und daher verdinglicht und befremdlich empfunden und dementsprechend von Außenstehenden in ihrer Kritik immer hervorgehoben wird.

Abgesehen davon, daß man den Einfluß der Interviewsituation vergleichbar machen und reduzieren kann — ganz eliminieren lassen wird er sich wohl niemals, und zwar nicht wegen der Unvollkommenheit der Instrumente, sondern aus dem Wesen der Sache heraus: Eine Einstellung an sich, eine „wahre“ Meinung unabhängig von dem Prozeß ihrer situationsgebundenen Manifestation, ist höchst fragwürdig, das Interview selber ist ja eben eine solche Manifestation. Die störungsfreie Abgeschlossenheit des Instrumentes scheidet hier im Grunde daran, daß die Ausdehnung des Gedankens der Naturbeherrschung mit Hilfe naturwissenschaftlicher Verfahren auf gedankliche Gebilde sich deshalb ad absurdum führt, weil das, was hier Untersuchungsobjekt ist, nicht nur als Störfaktor sondern dem Wesen der Sache nach

immer auch zugleich Subjekt ist. Man kann also nur die Einstellung vermittelt durch eine bestimmte soziale Situation erhalten; ist dies der Definition des Untersuchungsgegenstandes nach nicht die erwünschte Situation, so muß man sein Instrument verändern oder verzichten.

Das Medium der Sprache

Diese Schwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, daß sich vielfach vor das wirklich Gemeinte eine klischeehaft verfestigte Sprache schiebt. Was uns in den Interviews begegnet, kommt einer Art Einheitssprache nahe: Man hält sich an einen approbierten verfestigten Wortschatz, der die Instanzen und Agenturen spiegelt, welche die Realität bestimmen. Verwaltung, Technik und Kommerz steuern so gut dazu bei wie die nationalsozialistischen Sprachrudimente, die des „Barras“ beider Kriege und die Massenkommunikationsmittel, die ihn zugleich weithin etablieren.

Diese Sprache ist nicht mehr intakt. Denn als Inbegriff sachlichen Scheinstellens auf die gesellschaftliche Realität, so wie sie nun einmal ist, unterbindet sie zugleich die Reflexion. Die Sprache setzt vorweg fest, was und wieweit gedacht werden darf. Kritiklose Resignation ist in ihr bereits angelegt. Dabei wird der Anschein der Selbständigkeit, des Nachdenkens gewahrt. Nicht zuletzt die öffentlichen Kommunikationsmittel liefern den Menschen ja eine Sprache, die für sie selbst und die anderen den Anschein erweckt, sie seien gegenüber den Zuständen souverän, die ihnen doch in Wahrheit aufgenötigt werden. Je unsicherer man in Wirklichkeit ist, je mehr man nur nachspricht, wie man glaubt reden zu sollen, um so apodiktischer wird der Ton. Die Sprache verabsolutiert sich und bezeichnet so eigentlich die Unansprechbarkeit: Sie dient gar nicht mehr so sehr dazu, wirklich seinen Erfahrungsbereich zu erweitern, sondern vielmehr dazu, sich gegen die Einsicht mangelnder Erfahrung abzuschirmen, den möglichen Einwand im Vorhinein zu übertönen. Man argumentiert nicht, sondern behält das letzte Wort. Die klischeehaft verfestigte Sprache wird so zum Medium des Vorurteils. Sie wird zum Mittel des bloßen Sichdurchsetzens und hält damit die Menschen zugleich empfänglich für Demagogie und totalitäre Agitation.

Es gibt nun gewisse Hilfsmittel, diese sprachliche „Oberfläche“ zu durchstoßen: Man kann Kontroll- und Wiederholungsfragen stellen, das Klischee mit der konkreten Erfahrung des Befragten konfrontieren, projektive Fragen stellen. Die Korrelationsanalyse, die hier nicht im einzelnen beschrieben werden kann, bietet gewisse Hilfen. Man kann schließlich darauf verweisen, daß das Medium der Sprache nur dort selbständige Bedeutung gewinnt, wo es sich nicht um mehr oder minder klotzige „facts“, auch psychologischer Art, handelt.

Daneben wird man aber auch gar nicht nach Auswegen suchen sollen, sondern sich vergegenwärtigen müssen, daß die klischeehafte Sprache selber Ausdruck bestimmter entfremdeter gesellschaftlicher Zustände ist, die sich in ihr manifestieren und die wir daher fassen, wenn wir die Sprache selber zum Gegenstand der Untersuchung machen. Insofern wäre uns der sich verselbständigende sprachliche Ausdruck als ein System sinnvoller

Der Widerstand gegen das Interview

Die Frage, „wofür das Interview steht“, führt so notwendig auf die gesellschaftlich produzierten „Sperrn“ gegenüber der Meinungsforschung. Wenn wir vorher auf die große Aussagebereitschaft hingewiesen haben, so besagt das noch nichts dagegen, daß solche Sperrn bestehen. Es könnte sein, daß man sich dem Interview gerade entzieht, indem man sich in ihm verhält wie gegenüber der Verwaltung überhaupt, nämlich indem man als braves Kind antwortet.

Darüber hinaus trifft aber das soziologische Interview auf ein antiaufklärerisches Moment in der Gesellschaft selbst, das deren eigener Analyse entgegensteht und das keineswegs auf bestimmte tabuierte Bereiche begrenzt ist. Man wehrt sich gegen die Entzauberung der Unmittelbarkeit des Gesprächs, die Vernachlässigung seiner Nuancierungen, die im Interview unweigerlich statthat; denn derjenige, der fragt, ist zwangsläufig von dem Befragten dadurch distanziert, daß er sich ihm mit einem ausgeklügelten und schematisierten wissenschaftlichen Instrument nähert, um Reaktionen zu testen, und ihn damit zu seinem Objekt macht; das Gegenüber weiß ja nicht — darf nicht wissen —, welche Hypothesen zugrunde liegen; und der Interviewer bleibt seinerseits hinter der Wand der Meinungslosigkeit. Zugleich wird die Meinung des anderen damit zu einer Art Ware, die man einhandelt; sie wird zu einem Äquivalent, das sich der Tauschgesellschaft einpaßt.

Der Widerstand gegen das Interview hat aber wohl noch eine andere Quelle: man fürchtet überfordert zu werden, also ganz einfach etwas nicht zu wissen oder sich über eine offensichtlich wichtige Frage noch keine Gedanken gemacht zu haben. Das mag für Studenten in besonderem Umfang gelten. Aber auch andere sind genötigt, gewissermaßen über ihre Verhältnisse zu leben, „etwas darzustellen“, und zwar durch die gesellschaftlichen Verhältnisse selbst, die Ostentation verlangen, wenn man einen Job haben will. Daraus ergibt sich natürlich unmittelbar auch die Gefahr der Überartikulation: Man fühlt sich verpflichtet, auch dort eine Meinung zu haben, wo man in Wahrheit keine besitzt.

Die Sozialforschung sollte sich diese beiden Momente konsequent vor Augen halten und nicht auf eine falsche, nämlich sich und andere manipulierende Unmittelbarkeit zu rekurrieren suchen. Gerade dann wäre die Aversion die Verwissenschaftlichung des vorgeblichen Bereiches der Spontaneität, wie ihn das Gespräch darstellt, verständlich.

Der Verdacht, der dem soziologischen Interview ähnlich wie der Psychoanalyse, wenn auch in geringerem Grade, zuteil wird, nämlich daß es das Selbstverständliche in Frage stelle, hat vielmehr einen für sich durchaus rühmlichen Sinn: Was sich da als Natürliches und Unmittelbares dem Analysiertwerden sperrt, könnte selber Ausdruck bestimmter anachronistischer und insofern repressiver gesellschaftlicher Zustände sein, die eben dadurch im Bewußtsein der Menschen aufrechterhalten werden, daß sie für irgendeine imaginäre Wesenheit, ein Naturgegebenes ausgegeben werden, und die daher sehr wohl den aufklärerischen Impuls des Interviews zu fürchten hätten. Man sollte sich an dieser Stelle daran erinnern, daß es im gesamten sowjetischen Machtbereich die Meinungsfrage aus guten, d. h. also schlechten Gründen nicht gibt.

Die soziologische Analyse mit Hilfe des Interviews hätte so etwas damit zu tun, daß die Gesellschaft selber nicht mehr „selbstverständlich“, nicht mehr intakt ist. Das müßte eine Theorie der Gesellschaft erweisen. Jedenfalls geht daraus hervor, daß die Frage, ob die theoretischen Widerstände gegen das Interview berechtigt sind oder nicht, selber davon abhängt, ob das Interview im Rahmen einer Soziologie eine progressive Funktion erfüllt oder nicht.

Quantifizierende Methode und Gesellschaft

Inzwischen ist andererseits allerdings auch längst die Professionalisierung des Interviews erfolgt, die es zu einem Instrument der Verwaltung macht. Das mag dadurch erleichtert worden sein, daß die Umfragemethode in Anlage und Auswertung, so wie sie sich entwickelt hat, an gewisse aus den exakten Wissenschaften übernommene Methoden und als deren Voraussetzung an die Möglichkeit der Quantifizierung, also die Gleichsetzung eines Sinnzusammenhangs mit einer letzten Maßeinheit gebunden bleibt.

Diese Quantifizierung liegt schon in der Präformation der Meinung durch die Alternativfrage des Fragebogens selbst, die ja die Vielfalt möglicher Reaktionsweisen auf ein „Ja“ oder „Nein“ reduziert; denn diese „Jas“ bzw. „Neins“ lassen sich dann zusammenaddieren, bilden also die Zähl-, d. h. Maßeinheiten. Auch bei offenen Fragen erfolgt die Gleichsetzung, nur in einem späteren Zeitpunkt, nämlich dann, wenn die Vielfalt der Antworten unter Kategorien gebracht wird. Aber schon die gewählte einheitliche Formulierung einer Frage setzt eine anfängliche Gleichsetzung alles dessen, was bei ihrer Beantwortung unter ihr verstanden wird, zum Zweck der Quantifizierung voraus: Wer die Frage nach reiflicher Überlegung bejaht, zählt ebenso als eine „Ja“-Stimme wie derjenige, der es nur so obenhin tut. Je mehr die Meinung einer Person variiert, etwa in einer Diskussion, um so mehr wird auch dieser Rekurs auf das nur im Augenblick der Äußerung Manifeste zur Fiktion.

Alles hängt also davon ab, ob die erste Gleichsetzung eines Sinnzusammenhangs mit einer letzten Maßeinheit mehr als eine bloße Fiktion ist. Denn sonst bezöge sich die weitere statistische Aufbereitung ja auf etwas gänzlich Irreales. Man bekäme im Grunde nur heraus, was man zunächst hineingesteckt hat.

Tatsächlich besteht auch im Betrieb der Meinungsforschung eine gewisse Gefahr, daß man sich bei der statistischen Bearbeitung des Interviewmaterials rechnen sucht und zu einer größeren Exaktheit und Differenziertheit gelangt, als sie im „Untersuchungsobjekt“ selbst begründet ist. Ferner zählen überall dort, wo entweder reale Machtverhältnisse oder eine bestimmte Expertise ins Spiel kommen, die Meinungen verschiedener Individuen eben nicht gleich viel. Es wäre ebenso sinnlos, die Chancen der Wiedervereinigung daraus deduzieren zu wollen, ob sich die Mehrzahl der Deutschen für oder gegen sie entscheidet, wie es bedenklich wäre, den Haushaltsplan des Bundes nach der Meinung der Mehrzahl der Steuerzahler einzurichten.

Auf der anderen Seite sind die entindividualisierten Methoden aber, sofern das gegenwärtige Leben weithin standardisiert ist, zugleich Ausdruck der Situation wie das angemessene Mittel, sie zu beschreiben. Daß man die Menschen auf starre Reaktionen fixiert, entspricht ihrer Fixiertheit selber: jeder ist sein eigener Fragebogen, hat man einmal überspitzt formuliert. Eine statistisch-quantifizierende Methode kann so, indem sie ihre Anwendbar-

keit auf bestimmte gesellschaftliche Gebilde erweist, die fälschlich noch den Anspruch erheben, komplex und sinnbezogen zu sein, also vor allem klischeehaft präformierte Meinungen, diesen Gebilden gewissermaßen den Spiegel vorhalten und damit zur Rationalisierung der Gesellschaft selber beitragen.

Herkunft und Funktion der Meinungsforschung

Es wäre aber doch zu eng, die Stellung der Meinungsforschung und der empirischen Sozialforschung überhaupt ausschließlich in diesem Rahmen zu sehen. Ein Kaufmann, der eine Schiffsladung Orangen empfängt, wird sich, um zu prüfen, ob er nicht betrogen ist, nicht damit begnügen, daß er einen kurzen Blick auf die zuoberst und ihm also am nächsten liegenden Orangen wirft und danach sein allgemeines Wissen über Südfrüchtlieferungen zu Rate zieht. Er wird vielmehr verschiedene Stichproben machen, sich seine Ware von allen Seiten betrachten und sich nicht auf Reflexionen verlassen. Eben dies ist einer der zunächst ganz handfesten progressiven Impulse der empirischen Sozialforschung, die nach der — wie es sich einzelnen ihrer Vertreter darstellen mag — gleichsam metaphysischen Periode der verstehenden Soziologie nunmehr fragt: Was sind die Fakten, was wissen wir positiv? Sie wird ein Mittel unbestechlicher Aufklärung des gesellschaftlichen Denkens, der Entzauberung soziologischer Konstruktionen, die die Beziehung zur Wirklichkeit verloren haben und darum ohnmächtig geworden sind.

Es hat sich jedoch, wie wir sahen, in der wissenschaftlichen Praxis ein engerer Begriff von empirischer Sozialforschung herausgebildet, der im Zeichen einer an den Naturwissenschaften orientierten Forderung nach Exaktheit und Objektivität steht. Kriterien wie das der Verifizierbarkeit oder Falsifizierbarkeit von Aussagen, der Quantifizierbarkeit, der Wiederholbarkeit — also weitgehender Unabhängigkeit von den subjektiven Momenten der Forschung — spielen dabei eine wesentliche Rolle. Im Zeichen der Forderung strenger Exaktheit sucht man die Einstellungen der Verhaltensweisen zu messen: Experiment, Kontrolle und Vergleich rücken an die Stelle des „Verstehens“.

Wir haben die Vorteile kennengelernt. Die Reproduktion des Lebens unter den heutigen Bedingungen erscheint auch überhaupt nicht möglich, ohne daß zentralen Verwaltungsstellen diejenigen präzisen Informationen die mannigfaltigen sozialen Verhältnisse zugeleitet werden, die nur durch die Techniken der empirischen Sozialforschung gewonnen werden können.

Ein inzwischen vielleicht noch wichtiger gewordener Impuls ist offenbar der Trend zur Massenkongressgesellschaft. Absatz und als dessen Voraussetzung gezielte Reklame und präzise Anpassung der Produkte an die Wünsche einer nicht mehr zu überblickenden Käufer-schicht sind längst nicht mehr mit patriarchalischen Methoden zu sichern; sie verlangen die methodische Exaktheit der Meinungsforschung. Das haben die großen Industrieunternehmen auch in Westeuropa längst erkannt, wie ihre Marktforschungsabteilungen beweisen. Die Gefahr liegt hier darin, daß man sich nun auch wissenschaftlicher Methoden bedienen kann, um zusätzliche und zum Teil unnötige Konsumbedürfnisse überhaupt erst zu erzeugen, damit aber die Menschen in einer zusätzlichen, ihnen gänzlich undurchsichtigen Weise an den Produktionsprozeß zu binden.

Schließlich ist die Meinungsforschung durch die Wahlvorhersagen zu einem Politikum geworden. In einer demokratisierten Gesellschaft ist ja die Meinung der Öffent-

lichkeit in Gestalt der Meinung der Mehrzahl der Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre Stellung in einer Macht-hierarchie für unzählige politische und auch wirtschaftliche Entscheidungen relevant. Der Siegeszug der Meinungsforschung verweist also selber auf eine bestimmte Gesellschaftsstruktur. Es beleuchtet die Gefahren, die zugleich in einer solchen Entwicklung gelegen sind, wenn man an die kürzlich publizierte Witzzeichnung erinnert, die den Bundeskanzler und den Oppositionsführer vor dem Eingang eines Meinungsforschungsinstituts zeigt, den einen heraus-, den anderen hineinstrebend, beide mit sorgenvoller Miene und jeder den anderen mit den Worten begrüßend: „Guten Morgen, Herr Vizekanzler!“.

Gefahren der Meinungsforschung

Die Bedenken reichen aber weiter. Wenn es wahr ist, daß sich die empirische Sozialforschung als Wissenschaft im Grunde eben in ihrem an den Naturwissenschaften orientierten methodischen Bewußtsein konstruiert, dann impliziert das zugleich auch eine gewisse Entfremdung von der Unmittelbarkeit der Erfahrung dessen, was Gegenstand der Soziologie ist. Sozialforschung als Wissenschaft, so könnte man cum grano salis sagen, bezeichnet eben diese Entfremdung.

Das zeigt sich in bezug auf die Meinungsforschung zunächst darin, daß man mitunter seinen Gegenstand, die Meinungen, verabsolutiert: an Stelle der objektiven, z. B. wirtschaftlichen Bedingungen, unter denen die Menschen leben und innerhalb deren sie eine bestimmte Funktion erfüllen, hält man die Meinungen für die Schlüsselphänomene; dabei sind diese, wie wir ja wissen, nur zu oft manipuliert, vor allem durch die Massenkommunikationsmittel, aber auch etwa durch die Kulturindustrie. Hitler hat einmal gesagt: „Wer den Rundfunk hat, hat das deutsche Volk.“ Zudem war die Meinung eines Querschnitts kaum jemals identisch mit der Meinung der in der Öffentlichkeit Einflußreichen bzw. derjenigen, die die Meinung der anderen „machen“; und schließlich war sie auch nie identisch — das sei hier nur am Rande vermerkt — mit der richtigen, d. h. wahren Meinung.

Die zweite Gefahr liegt in der Technifizierung der empirischen Sozialforschung, also der Abspaltung der Methode von ihrem eigentlichen Gegenstand. Sie ist nicht zufällig, sondern rührt selber her aus der Spannung zwischen Relevanz und Subtilität der zu gewinnenden Einsichten auf der einen und der Forderung nach Meßbarkeit, Wiederholbarkeit und Kontrollierbarkeit auf der anderen Seite. So kann etwa die Umsetzung eines so vielschichtigen Untersuchungsgegenstandes wie der gesellschaftlichen und klassenmäßigen Selbsteinschätzung der Befragten in eine Reihe präziser Fragen einfach daran scheitern, daß der Befragte erst einige Jahre soziologische Vorlesungen hören müßte, um uns so antworten zu können, wie wir es wünschen. Hier kommt es außerordentlich auf Nuancen an, ferner auf Phänomene, die dem Befragten selber nicht im Sinne unserer Fragestellung durchsichtig sind; und schließlich beziehen die einzelnen Aspekte des Untersuchungsgegenstandes, die wir doch nur isoliert erfragen können, so sehr ihren Sinn aus ihrer gegenseitigen Verflochtenheit, daß man zunächst einmal erst die Antwort des Befragten wissen müßte, um die Frage richtig stellen zu können. Man kann natürlich dessen ungeachtet Fragen stellen; aber was sie erbringen, ist ein Adiaophon; sie sind nicht „diskriminierend“ für das, worum es geht. Das Instrument selber bestimmt also, was untersucht werden kann. Die Beschränkung auf möglichst scharf isolierte Gegenstände verhindert so nicht nur zeitweilig, sondern prinzipiell die Behandlung der gesamt-

Vuk genoß hohes Ansehen im Ausland, und die Russische Akademie der Wissenschaften zeichnete ihn mit einer goldenen Medaille aus. 1823 wird er Ehrendoktor der Philosophie der Universität Jena, 1825 Mitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Göttingen, 1848 korrespondierendes Mitglied der Wiener und 1850 der Berliner Akademie. 1923 kam Vuk über Prag nach Deutschland und studierte in Leipzig und Halle Medizin. Er war Gast Jakob Grimms in Kassel und weilte mehrfach bei Goethe in Weimar zu Besuch. Beim ersten Besuch Vuks sagte Goethe zu ihm: „Sie sehen, daß sie nicht zum erstenmal bei mir sind“ und wies auf eine Übersetzung des Gedichtes: „Dioba Jakšica“ und eine Rezension von Vuks Sprachlehre hin, die auf dem Tisch lagen. Von diesem Ereignis schreibt Vuk seinem Freund Kopitar folgendes: „Ich kann Ihnen sagen, daß dies die bedeutendsten Tage meines bisherigen Lebens waren.“ Vuk druckte in Deutschland seine zweite Sammlung serbischer Volkslieder und interessierte nicht nur Goethe, sondern auch Humboldt, Wolff, Grimm, Schlegel und besonders Herder für die serbische Volkspoesie, der eine Anzahl von Liedern und Gedichten in seine Sammlung „Stimmen der Völker“ aufnahm.

In Jakob Grimm fand Vuk einen großen Freund und Unterstützer seiner Arbeit. Grimm regte ihn an, auch serbische Volksmärchen zu sammeln; Vuk tut dies und geht nach demselben Grundsatz wie Grimm vor. Auf Anregung von Jakob Grimm übersetzt Vuks Tochter Wilhelmine die erste Ausgabe seiner Volksmärchen, die 1854 in Wien, mit der Widmung: „Dem berühmten Deutschen Jakob Grimm“, erschien. Grimm schrieb das Vorwort, indem er Vuk seinen verehrten Freund nennt und seine Sammlung als bewundernswert lobt. Bereits 1768 interessiert sich Klopstock für serbische Volklieder. Der italienische Abt Alberto Fortis schreibt ein Buch: „Viaggio in Dalmazia“, in dem er auf die epischen Heldenlieder dalmatinischer Morlaken aufmerksam macht. Goethe übersetzt aus der Fortis-Sammlung das Gedicht „Hassanaginica“. Byron beschäftigt sich mit bosnischen Liedern und Gedichten. Gerhard, Eugen Wessely, Peter von Goetze, Herlossohn, Wenning, Anastasius Grün, Vogel, Frenkel und viele andere gehören zum Kreis der Interessierten und der Übersetzer. Aber bis zum Zeitpunkt, an dem Vuk seine Sammlung veröffentlicht, sind diese Versuche und Bemühungen unsystematisch und zusammenhanglos.

1814 erschien in Wien seine erste Grammatik der serbischen Sprache, die nach dem Grundsatz zusammengestellt war: „Schreibe wie Du sprichst, lies wie geschrieben war.“ Diese Grammatik vereinfachte das Alphabet und war auf dem Grundsatz der phonetischen Rechtschreibung aufgebaut, in der es für jeden Laut ein Schriftzeichen gab.

Was die Orthographie anbelangt, ist Vuk vom deutschen Sprachforscher Adelung beeinflusst, dessen Schriften er studierte. Die Jahre 1816 und 1817 waren zusammen mit Kopitar der Arbeit an dem serbischen Wörterbuch gewidmet, das 1818 in Wien erschien. In diesem Wörterbuch waren 26 000 Wörter akzentuiert und erläutert, mit ethnologischen, historischen und geographischen Erläuterungen versehen und ins Deutsche und Lateinische übertragen. Dieses Wörterbuch wurde zu jener Zeit sehr angefeindet und von seiten der Kirche mehrmals verboten, die für die Beibehaltung des Altkirchenslawischen kämpfte. Aber noch heute dient es als wertvolle Quelle für Schriftsteller und Sprachforscher. Vuk antwortet seinen Freunden und ebenso seinen Feinden: „Laßt sie soviel schreien wie es ihnen Spaß macht.“ Bei uns Serben wird oft gesagt: „Wer die Sperlinge fürchtet, soll keinen Mais säen, und ich wünsche weder Abt noch Erzpriester zu sein.“

Vuks Schöpfung einer einheitlichen serbischen Sprache, die im Volke verwurzelt ist, hat eine ungeheure kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung gehabt und zur Entstehung der einheitlichen serbischen Nation und Nationalkultur beigetragen. Vuk hat der serbischen Kultur die Form gegeben, durch die sie sich heute äußert. Er ist einerseits der Schöpfer der nationalen Sprache und zum anderen hat er einen angesehenen Platz als Urheber der spezifisch serbischen Kultur.

III

Der heutige Stand der beiderseitigen Beziehungen

ist ein Ergebnis der seit langen Zeiten gepflegten, schon zur Tradition gewordenen kulturellen Verbundenheit zwischen Serben und Deutschen.

a) sprachlich

Die südslawischen Völker lernen Deutsch seit Jahrhunderten und die deutsche Sprache ist die meistverbreitete Fremdsprache. Bei den Kroaten und Slowenen ist Deutsch nicht nur Verkehrs-, sondern auch unbestritten Bildungssprache. Die Kenntnisse der deutschen Sprache reichen hier bis in die einfachsten Schichten der Bevölkerung. Besatzungszeiten während des ersten und zweiten Weltkrieges sowie Kriegsgefangenschaft haben auch Serben mehr mit dem Deutschen in Berührung gebracht.

Zwischen 1930 bis in unsere Zeit hinein haben Sprachkurse für Erwachsene, die in zahlreichen Provinzstädten unterhalten wurden, viele Tausende der mittleren Bildungsschicht in die deutsche Sprache eingeführt. Schon vor dem zweiten Weltkrieg war Deutsch in Serbien an fast allen höheren Schulen verbindliches Unterrichtsfach. In den letzten Jahren hat das Interesse für die deutsche Sprache beträchtlich zugenommen, sowohl an den Hochschulen als auch an den Gymnasien. Das Deutsche spielt neben dem Englischen wieder eine führende Rolle.

b) literarisch

Nach dem zweiten Weltkrieg nimmt die deutsche Literatur neben der englisch-amerikanischen Literatur wieder die Spitzenrolle ein. Heutzutage kann man ruhig sagen, daß es von Goethe oder einem anderen bedeutenden deutschen Klassiker kein Werk gibt, das nicht schon ins Serbische übertragen worden sei, und zwar von verschiedenen Übersetzern. Auch die zeitgenössischen Dichter und Schriftsteller werden gebührend übersetzt. (Mann, Zweig, Hesse, Remarque, Gottfried Benn, Kafka und viele andere.)

So ist z. B. vor kurzer Zeit eine Anthologie moderner deutscher Lyrik sowie ein Buch über moderne deutsche Malerei erschienen. Welches Interesse der klassischen deutschen Philosophie entgegengebracht wird, läßt sich daraus erkennen, daß die bedeutendsten Werke Kants vor kurzer Zeit in Serbokrotisch erschienen sind. Studien über Kant sind in einem Buch zusammengefaßt, an dem mehrere serbische Philosophen beteiligt sind. In Serbien werden sogar die ausgewählten Werke der besten deutschen Dichter und Schriftsteller gedruckt, die im Unterricht an Gymnasien als Deutschlektüre verwendet werden. Es ist eine Tatsache, daß Werke serbischer und kroatischer Schriftsteller in keine andere westliche Sprache so viel übersetzt wurden, wie ins Deutsche.

Neben viel Negativem haben die beiden Weltkriege auch manches zur kulturellen Annäherung der beiden Völker beigetragen. So z. B. schreibt nach dem ersten Weltkrieg Gerhardt Gesemann „Die Flucht“. In diesem Roman, in dem er als „ehemaliger Feind“ freundschaftlich behandelt wird, finden wir eine starke Idealisierung des südslawischen Menschen.

Nach dem ersten Weltkrieg entwickelten sich die deutsch-südslawischen Kulturbeziehungen erstaunlich schnell und wurden viel enger und herzlicher als das offizielle Verhältnis des damaligen Jugoslawiens zu seinen Verbündeten. Manche Deutsche, die gleich nach dem ersten Weltkrieg nach Serbien kamen, um die freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen, wie Hermann Wendel, Prof. Gesemann und der Gesandte Köster, und viele noch heute Lebende, gehörten zu den populärsten Ausländern, die zwischen den beiden Kriegen auf dem Balkan gelebt haben.

c) künstlerisch

Auch auf musikalischem Gebiet besteht ein reger Austausch. Das Gastieren deutscher Pianisten und Musiker hat bei dem serbischen Publikum eine sehr freundliche Aufnahme gefunden. Die bekanntesten deutschen Opern sind auch heute ständig auf dem Spielplan der serbischen Opernhäuser zu finden.

Die Belgrader Oper nimmt in jedem Jahr an den Maifestspielen in Wiesbaden teil und viele serbische Künstler sind in manchen deutschen Städten (wie München, Augsburg, Wiesbaden, Hamburg, Mainz u. a.) sehr bekannt geworden. Auch die deutschen Komponisten haben lebhaftes Interesse an den Motiven der serbischen Volkslieder, die sehr oft einen ausgeprägten orientalischen Einschlag aufweisen. Die bedeutendsten deutschen Klassiker, wie z. B. Bach, Beethoven, Haydn, Schubert, Schumann, Strauß, und viele andere, sind in Serbien wie zu Hause, weil die Serben einen großen Enthusiasmus auch für ernste Musik besitzen.

Herr Miodrag Vukic ist Jugoslawe und arbeitet hier an der Universität an einer Dissertation.

Übersicht über die Prüfungsordnungen

der Fachrichtungen sämtlicher Fakultäten an den Universitäten des Landes Hessen

(Fortsetzung)

Der Kandidat kann auf seinen Antrag bei der Prüfung selbst oder nach bestandener Prüfung über die ordentlichen Prüfungsfächer hinaus in einem oder mehreren Ergänzungsfächern geprüft werden.

Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die Prüfungsleistungen müssen im allgemeinen aufeinander folgen. Doch können einem Kandidaten, der die Prüfung nach Ansicht des Prüfungsausschusses ohne sein Verschulden hat abbrechen müssen, die schriftlichen Prüfungsleistungen noch innerhalb zweier Semester angerechnet werden.

Schriftliche Prüfung:

Die schriftliche Prüfung umfaßt folgende Leistungen:

1. eine wirtschaftswissenschaftliche Arbeit gemäß § 10 der Prüfungsordnung. Für Einzelheiten sei auch hier auf die Regelung bei den Volkswirten verwiesen;
2. je eine Klausurarbeit aus jedem der Prüfungsfächer. (Nach der alten Prüfungsordnung muß je eine Klausurarbeit über eine Aufgabe oder Aufgabengruppe in vier Fächern geleistet werden. Diese Fächer sind:
 - a) in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, Volkswirtschaftslehre, Rechtswissenschaft.
 - b) in der sprachlichen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, erste fremde Sprache, zweite fremde Sprache oder Wirtschaftsgeographie.
 - c) in der geographisch-technologischen Gruppe: Betriebswirtschaftslehre, Pädagogik, chemische oder physikalische Technologie, Wirtschaftsgeographie.)

Für jede Klausurarbeit wird bis zu fünf (bisher: vier) Stunden Zeit gewährt.

Mündliche Prüfung:

Die Bestimmungen entsprechen wörtlich denen der mündlichen Prüfung für Diplom-Volkswirte. Die Entscheidung über das Bestehen der Prüfung ergibt sich in entsprechender Abwandlung der dort geltenden Bestimmungen.

Promotionsordnung

der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Die Fakultät verleiht den Grad eines Dr. rer. pol. auf Grund einer von dem Bewerber verfaßten Dissertation und einer vor der Fakultät erfolgreich abgelegten mündlichen Prüfung. Ein Rechtsanspruch auf Zulassung zur Promotion besteht nicht.

Der Bewerber muß das Reifezeugnis einer anerkannten deutschen höheren Schule oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis besitzen.

Weitere Voraussetzungen für die Zulassung zur Promotion: Der Bewerber muß ein mindestens achtsemestriges Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an deutschen oder gleichwertigen ausländischen Universitäten oder Handelshochschulen nachweisen und die Diplomprüfung oder eine entsprechende ausländische Prüfung bestanden haben.

Nach Ablegung der Diplomprüfung muß der Bewerber mindestens zwei Semester an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität ordnungsgemäß studiert haben.

In Ausnahmefällen kann die Fakultät von der Ablegung der Diplomprüfung absehen, wenn eine außergewöhnliche wissenschaftliche Leistung vorliegt.

Der Bewerber muß sich ferner als Schüler oder wissenschaftlicher Mitarbeiter eines habilitierten Dozenten der Fakultät ausweisen. Von diesem Grundsatz kann nur in ganz besonderen Fällen abgegangen werden.

Dem Gesuch um Zulassung zur Doktorprüfung, das an den Dekan der Fakultät zu richten ist, sind beizufügen:

1. Ein in deutscher Sprache abgefaßter Lebenslauf, der namentlich auch über den Bildungsgang des Bewerbers Aufschluß gibt, sowie ein Lichtbild.
2. Die Zeugnisse über die Vorbildung, das Diplom in einer beglaubigten Abschrift und ein nach Fächern geordnetes Verzeichnis der gehörten Vorlesungen.
3. Ein Leumundszeugnis der zuständigen Universitätsbehörde, oder, wenn der Bewerber nicht mehr studiert, ein polizeiliches Führungszeugnis.
4. Eine Erklärung darüber, ob und mit welchem Erfolge der Bewerber sich bereits einer Doktorprüfung oder einer Staatsprüfung unterzogen hat.
5. Zwei Exemplare der in deutscher Sprache abgefaßten Dissertation. Sie ist in Maschinschrift und geheftet oder gebunden einzureichen. Dem Bewerber steht es frei, noch andere von ihm verfaßte, durch den Druck veröffentlichte Schriften beizufügen.
6. Eine Erklärung, ob die eingereichte Arbeit oder wesentliche Teile derselben bereits einer anderen Prüfungsbehörde vorgelegen haben. Ist das der Fall, so bestimmt die Fakultät, ob die Arbeit als Dissertation zugelassen ist.
7. Am Schluß der Dissertation hat folgende Erklärung des Bewerbers, von ihm unterzeichnet zu stehen: „Ich versichere hiermit eidesstattlich, daß ich die vorliegende Arbeit selbständig und nur unter Benutzung der angeführten Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Sämtliche Entlehnungen oder Anlehnungen sind durch Quellenangabe kenntlich gemacht.“
8. Eine Quittung über die gezahlte Promotionsgebühr.

Für die Abgabe der erforderlichen Erklärungen sind die von der Fakultät vorgeschriebenen Formulare zu benutzen.

Die eingereichte Dissertation wird von zwei Referenten begutachtet. Wenn die Dissertation abgelehnt wird, ist die Doktorprüfung als nicht bestanden beendet.

Nach Annahme der Dissertation durch die Gutachter bestimmt der Dekan einen Termin für die mündliche Prüfung.

Die mündliche Prüfung erstreckt sich bei Bewerbern, die die Diplomprüfung für Volkswirte, Kaufleute oder Handelslehrer bestanden haben, auf vier, bei den übrigen Bewerbern auf fünf Fächer. Prüfungsfächer, soweit ordnungsgemäß durch einen Lehrstuhl vertreten sind in der wirtschaftswissenschaftlichen Gruppe: 1. Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 2. Spezielle Volkswirtschaftslehre, 3. Finanzwissenschaft, 4. Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, 5. Spezielle Betriebswirtschaftslehre, 6. Sozialpolitik, 7. Soziologie, 8. Statistik, 9. Politische Wissenschaft, 10. Wirtschaftsgeschichte, 11. Wirtschaftspädagogik.

Andere Fächer können von der Fakultät genehmigt werden. Unter den gewählten Prüfungsfächern muß sich immer allgemeine Volkswirtschaftslehre oder allgemeine Betriebswirtschaftslehre und spezielle Volkswirtschaftslehre oder spezielle Betriebswirtschaftslehre befinden.

Im übrigen sind folgende Fächerkombinationen zulässig:

1. Volkswirtschaftslehre: allgemeine Volkswirtschaftslehre, spezielle Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

2. Sozialpolitik: Sozialpolitik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

3. Statistik: Statistik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

4. Wirtschaftspädagogik: Handelspädagogik, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

5. Betriebswirtschaftslehre: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, spezielle Betriebswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

6. Fürsorgewesen: Fürsorgewesen, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre und ein viertes Fach

7. Politik: Politik, allgemeine oder spezielle Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

8. Finanzwissenschaft: Finanzwissenschaft, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre, und ein viertes Fach.

9. Soziologie: Soziologie, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

10. Wirtschaftsgeschichte: Wirtschaftsgeschichte, allgemeine Volkswirtschaftslehre, allgemeine oder spezielle Betriebswirtschaftslehre und ein viertes Fach.

Das vierte Prüfungsfach aus dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wird vom Kandidaten benannt. Ein

fünftes Fach kann auch aus dem Gebiet einer anderen Fakultät mit Zustimmung der Fakultät gewählt werden.

Die Prüfer werden nach Maßgabe der von der Fakultät aufgestellten Richtlinien vom Dekan bestimmt.

Die mündliche Prüfung findet unter dem Vorsitz des Dekans statt. Die Prüfung gilt als nicht bestanden, wenn in einem der Prüfungsfächer die Leistungen „ungenügend“ sind.

Die Dissertation, die Ergebnisse der einzelnen mündlichen Prüfungen und die hieraus zu bildende Gesamtnote werden wie folgt beurteilt: summa cum laude = ausgezeichnet (1); magna cum laude = sehr gut (2); cum laude = gut (3); rite = genügend (4); nicht bestanden = ungenügend (5).

Der Bewerber hat seine Arbeit binnen Jahresfrist in einer von der Fakultät festgesetzten Anzahl von Exemplaren der Fakultät einzureichen. Die Ausfertigung des Diploms erfolgt nach der Einreichung der Pflichtexemplare. Mit der Aushändigung des Doktordiploms ist der Bewerber berechtigt, den Doktorgrad zu führen.

Ist die Prüfung nicht bestanden, dann entscheidet die Fakultät, ob und nach welcher Frist sie wiederholt werden kann. Eine zweite Wiederholung ist nicht zulässig.

Wird der Kandidat zur Wiederholungsprüfung zugelassen, so kann die Dissertation, wenn sie mindestens „gut“ beurteilt war, wieder vorgelegt werden.

Neu zugelassen als Prüfungsfach ist Versicherungsbetriebslehre. Außerdem wird die Wahl von anderen Fächern als den in der Promotionsordnung genannten von Fall zu Fall auf Antrag genehmigt. Juristische Fächer sind bei der mündlichen Prüfung nicht zugelassen, es sei denn als fünftes Fach, ebenso Wirtschaftsenglisch und Wirtschaftsfranzösisch.

(wird fortgesetzt!)

In Deutschland beherrschte die serbenfreundliche Stimmung, die große Männer der deutschen Kultur, wie Herder, Goethe, Grimm und Ranke, gepflegt hatten, eine Zeitlang auch die offizielle Politik Bismarcks. (Der damalige Generalkonsul von Rosen war sehr serbenfreundlich eingestellt.)

Die Bedeutung und Tiefe der deutsch-serbischen Kulturbeziehungen soll hier durch die Tätigkeit zweier sehr bekannter serbischer Schriftsteller näher erläutert werden.

II

Dositej und Vuk (Ihre Tätigkeit und ihre Berührung mit dem deutschen Kulturkreis)

Im Laufe des 18. Jahrhunderts kommen Serben und Kroaten in immer stärkere Berührung mit der mitteleuropäischen Kultur der Aufklärung. Hier muß hervorgehoben werden, daß ganz Serbien, mit Ausnahme der Vojvodina (nördlichster Teil Serbiens), unter türkischer Herrschaft stand.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhundert erscheint Dositej Obradovic (1742—1811) aus dem Banat, als energischer Wegbahner der Ideen der Aufklärung. Die Aufklärung konnte nur in der Vojvodina zur Entfaltung und Wirkung kommen, da ganz Serbien analphabetisch und durch den Existenzkampf gegen die türkische Unterdrückung in Anspruch genommen war.

Die Grundideen Dositejs waren, das Volk durch die Literatur aufzuklären und die Bildung der Frau voranzutreiben; außerdem solle die Volkssprache zur Erweiterung der Kultur beitragen. In seiner Autobiographie legte er klar seine Absichten dar: „Wer allein als Schaf zu anderen Schafen geht und sich damit zufrieden gibt, tut kund, daß Überlegung und Denken für ihn nicht von Bedeutung sind. Die Verwurzelung in alten Sitten und Gebräuchen ist den Wurzeln der alten Bäume vergleichbar, die desto länger zum Trocknen brauchen, je tiefer sie versunken sind; wir sollten auch daran denken, wie die Menschen in 100 Jahren denken mögen, wenn wir nicht bereit sind, unmittelbar und gleichsam jung zu sein und zu bleiben. Wenn die Europäer nicht gewagt hätten, ihre Gedanken zu korrigieren, und sich durch die Wissenschaft zur Vernunft bringen zu lassen, so wären sie heute noch so unwissend und barbarisch, wie die armen Völker im Inneren Afrikas.“

Damals besaß die serbische Literatur einen religiös-rituellen Charakter und ihre Sprache war russische-slawisch. Dositej setzt sich dafür ein, daß die Volkssprache eingeführt werden müsse und in einem Brief an einen seiner Freunde schreibt er: „Welchen Nutzen haben wir von einer Sprache, die nur wenige im Volk verstehen und die meiner Mutter und meiner Schwester fremd ist. Sie sollen lernen! Aber das ist leicht gesagt und nicht so leicht getan. Sehr wenige haben Zeit und Begabung die alte Sprache zu lernen. Die Sprache fordert einen Preis für den Nutzen, den sie bringt; und welche Sprache könnte mehr nützen, als die, die das ganze Volk spricht!“

Dositej wollte die Vernunft praktisch angewandt wissen und er sagt: „Nur Unwissenheit und Dummheit finden Genüge daran beim Alten zu bleiben. Gott hat dem Menschen die Vernunft gegeben, damit er überlegen, erkennen und das Gute auswählen kann; alles, was nützlich ist, ist auch in sich selbst gut.“ Dositej hat fast alle Länder Europas bereist. Im Jahr 1771 kommt er von Triest nach Wien. Mit Hilfe Wiener Griechen gibt er Italienisch und lernt selbst Deutsch, Lateinisch, Französisch, Logik und Methaphysik. Er bringt in Wien 6 Jahre als Privatlehrer zu. Dann kommt er über Pannonien, Italien, die griechischen Inseln und die Türkei, Rumänien und Polen nach Halle. Dort zieht er seinen Pfarrerrock aus und beginnt an der Universität bei dem Leibnizschüler Professor Eberhard Philosophie, Ästhetik und Theologie zu studieren. Hier wird Dositej zum Schriftsteller und praktischen Aufklärer. Im Sommersemester 1783 geht er zu Professor Born nach Leipzig. Hier in Leipzig erscheint bei Breitkopf sein erstes Buch: „Der Brief an Haralampije“, in einer der wenigen Druckereien in Europa, die über cyrillische Lettern verfügte. Seine Zeit in Wien und Deutschland war von entscheidender Bedeutung für seine geistige Entfaltung. Während der 20 Jahre, die er sich allein in Wien aufhält, kommt er in Berührung mit der deutschen Kultur und der rationali-

stischen Philosophie. Er liest F. Baumeister und schätzt ganz besonders Lessing, den er scharf und überklug und den Aufklärer des gebildeten Germaniens nennt. Er sieht ihn auf einer Ebene mit Sokrates und Christus.

Er liest Christian v. Wolff, den deutschen Philosophen der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und übersetzt den protestantischen Pastor und Moralisten Zollikofer. Er beschäftigt sich auch mit den kleinen deutschen Aufklärern und bemüht sich, die Ideen der Aufklärung für Serbien nutzbar zu machen. Er übersetzt ferner Lessings Fabeln und den „Damon“ und kommt auch in Berührung mit den englischen Aufklärern: Bacon, Chesterfield, Pope, Swift und Defoe. Dositejs Lebensarbeit war pädagogisch; er glaubte, daß der Mensch an sich gut sei, daß nur eine schlechte Erziehung das Böse im Menschen bewerkstellte und infolgedessen das Augenmerk auf eine gute Erziehung zu richten sei. Indem er auch für die gleichberechtigte Ausbildung der Frau eintrat, stand er hoch über seiner Zeit. Bis 1730 durfte in Serbien keine Frau eine Kirche betreten. Dositej kämpfte gegen diese patriarchalisch-orientalische Einstellung und trat dafür ein, daß auch die jungen Mädchen nicht nur Lesen und Schreiben, sondern auch Geschichte, Geographie, Logik und Moralphilosophie lernen sollten, um gute Töchter, Gemahlinnen und Mütter sein zu können. 1808 gründet Dositej die spätere Universität Belgrad, die erste Hochschule des Landes. 1811 wird er der erste Kultusminister Serbiens, bis er am 28. März 1811 starb.

Bis zu Dositej war Serbien in der geistigen Atmosphäre des Mittelalters, der Unkultur, der östlich-orthodoxen Traditionen in byzanzischem Geist und russischer Theologie befangen. Mit Dositej wurden in Serbien neue Wege der Erziehung beschritten und das Land zur Teilnahme an dem westlichen Kulturkreis geführt.

Vuk Karadzic

Ebenfalls ein großer Serbe, von dem man mit Recht sagen kann, daß er der bedeutendste, nicht nur serbische, sondern überhaupt südslawische Sprachforscher ist. Er ist der eigentliche Schöpfer des modernen Serbokroatischen und in seiner Arbeit derjenigen Dositejs sehr ähnlich; ja, er ist in seiner Bedeutung über Dositej hinausgegangen.

Das Verständnis für serbokroatische Volkskunst förderte auch das politische Verstehen. So schrieb Leopold von Ranke die Geschichte der serbischen Revolution, die von großer Sympathie für das serbische Volk erfüllt ist. Vuk hat seinerzeit den berühmten deutschen Historiker Leopold von Ranke kennengelernt. So ist in Hamburg 1829 das bekannte Werk Rankes: „Die serbische Revolution, Aus serbischen Papieren und Mitteilungen“ erschienen. Vuk hat Material für dieses Werk Rankes zur Verfügung gestellt und dadurch dem serbischen Volk Ansehen in der Welt gebracht. Ranke gibt im Vorwort zu, daß sein Werk in gemeinsamer Arbeit entstanden ist und im Briefwechsel mit Vuk nennt er das Werk „unser Werk“ und schickt ihm die Hälfte des Honorars.

Vuk, ein geborener Revolutionär, stürzte die ganze serbische Kultur um und brachte den serbischen Literaten nahe, die Anregung für ihr geistiges Schaffen in der Volkskunst und nicht in der Nachahmung fremder Werke zu suchen; er hat oft selbst erzählt, daß er die „Umwertung aller Werte“ Jakob Grimm zu verdanken habe.

Das wichtigste Tätigkeitsfeld Vuks war die Sprache, die Orthographie und die Volkspoesie. Er wurde 1787 geboren. Ursprünglich Hirt, lernt er als Autodidakt Schreiben und Lesen und wird 1810 Volksschullehrer. Da er im Krieg eine serbische Abteilung gegen die Türken geführt hatte, war er gezwungen, nach Wien zu fliehen, wo er in der dortigen serbischen Zeitung einen Artikel über die Ursachen für das Zusammenbrechen des ersten serbischen Aufstandes schrieb. Durch diesen Artikel wird der slowenische Philologe Jernej Kopitar, der als Zeitungszensor in der Wiener Hofbibliothek tätig und darüber hinaus Redakteur der slowenischen Rubrik in einer Wiener Zeitschrift war, auf Vuk aufmerksam. Die Begegnung der beiden Männer wird für Vuk von entscheidender Bedeutung. Kopitar hat die erste Sammlung serbischer Lieder von Vuk dem deutschen Philologen Jakob Grimm geschickt, der darüber ein sehr lobendes Urteil schrieb. Zu gleicher Zeit hat Kopitar die Sammlung ins Deutsche übersetzt und das Manuskript Goethe zugeschickt, der es später für seinen Artikel über serbische Volkspoesie verwandte.

Es
gibt
nichts
Neues
unter
der Sonne



hessenerlaß



jazz at the philharmonic



werkstudent



corpsstudent

Die Abbildungen sind dem Diederichs-atlas „Deutsches Leben der Vergangenheit in Bildern“, Jena 1908, entnommen.



radfahrer



dieses bild bedeutet nichts — ist nur zum anschauen